

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Berichts-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inzertate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt. Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 11. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Unter Führung des Centrums.

Die China-Kommission beendete am Montag ihre Beratungen bis auf den Titel betreffend Pensionen, Witwen- und Waisengelder; diese Angelegenheit wird in besonderem Befehl geregelt werden, das die Regierung nach Neujahr vorlegen wird. Mit der Erledigung dieses Befehles sollen nach Neujahr die Centrum-Resolution, die weitesten Schutz der Missionen in China fordert, sowie Anträge Richters behandelt werden, welche die Befugnisse der Regierung in außerordentlichen Ausgaben einschränken und der Kontrolle des Reichstags unterwerfen wollen.

Die letzte Sitzung der Budgetkommission bestätigte durch den Sieg der China-Resolution unter Führung des Centrums.

Die zukünftige Kolonialarmee wurde bereits jetzt im Reim sicher gestellt. Die bürgerlichen Parteien sind beglückt, ihren verfassungsmäßigen Anteil am Chinavahn seitens der Regierung zu sehen, und sofort sind sie bereit, Hand in Hand mit der Regierung Vorbereitungen neuen weltpolitischen Umfangs zu treffen. Sie haben schon jetzt ihre Zustimmung ausgesprochen, daß ein Teil der verfassungswidrig in China stehenden Truppenformationen „zum Zweck dauernder oder vorübergehender Besetzung chinesischen Gebiets“ auf eine gesetzliche Basis gestellt werden sollen. Man weiß nun, wozu das Centrum den ohrenbetäubenden Indemnitätslärm erschallen ließ. Es sollte so neben möglichst unbemerkt eine neue Militärvorlage gesichert werden. Das übersprudelnde Lob, das der Staatssekretär des Reichs-Marineamts heute dem Abgeordneten Müller-Gulda ob seiner Verdienste um die Marine spendete, kennzeichnet mit erfreulicher Deutlichkeit die Entwicklung des Centrums zur führenden Militärreaktions-Partei. Die Herren vom Centrum suchten sich von Genossen Weibel widerspruchlos sagen lassen, daß sie an Verwilligungseifer selbst die Nationalliberalen weit überholt haben.

Auch in der Finanzierungsfrage wurden die Regierungswünsche allenthalben erfüllt. Zwar sind die Anstaltsdarlehen des Reichs-Schatzsekretärs den bürgerlichen Parteien schwer in die Glieder gefahren und Abg. Paasche gab seinem Schreck ob der trostlosen Finanzlage lebhaften Ausdruck. Dennoch ermaunten sich die Herren zu keinerlei Abhilfe. Weder will man den unfinnigen Ausgaben Einhalt gebieten, noch will man wenigstens zur ungeheuerlich wachsenden Steuerlast diejenigen Kreise heranziehen, die zahlungsfähig sind und in deren Auftrag die Chinapolitik geführt wird.

Genosse Weibel gab eine großartige Kritik der Reichsfinanz-Politik, der wachstümlichen Pumptwirtschaft, der wir immer mehr verfallen und die in wenigen Jahren zum finanziellen Zusammenbruch führen muß. Die kleinen Ausschlußsteuern, die das Centrum vorgeschlagen, Sacharins- und Schaumweinsteuer, seien ein Tropfen auf den heißen Stein der Militär- und Weltpolitik. Weibel forderte die Verwendung der 75 Millionen Brauntwein-Liebesgabe und Zunderprämie für Reichszwecke und vor allem die Einführung einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer, auf daß die lauten Durrapatrioten Gelegenheit finden, ihre Chinabegeisterung finanziell zu betätigen.

Alle diese Vorschläge, desgleichen die Heranziehung der Einzelstaaten zur Zahlung der China-Gelege wurden kurzer Hand abgelehnt. Das Centrum, das noch im letzten Winter mit aller Entschiedenheit gegen Vermehrung der Anleihen wetterte, duckt sich auch in dieser Frage vollveräppelt dem Gebote der Regierungsfähigkeit. Es wird fortgepumpt. Mit Riesenschritten eilen wir von der zweiten zur dritten Schuld-Milliarde, für die das Volk die Hundsmillionen aufbringen muß.

#### Nachstehend unser Bericht aus der Kommission:

Die Budgetkommission erledigte am Montag zunächst die Frage der Auflösung der Chinatruppen. Folgender Antrag Riedemann (Np.) fand Annahme gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und Socialdemokraten:

„Die nach China entsandten Truppenkörper, für die eine gesetzliche Basis nicht besteht oder nicht zum Zweck dauernder oder vorübergehender Besetzung chinesischen Gebiets geschaffen wird, sind, sobald sie ihre Aufgabend in China erfüllt haben werden, aufzulösen. Die nach Deutschland zurückkehrenden Offiziere, Unteroffiziere, Kapitulant, Mannschaften und Beamten des Expeditionscorps werden, soweit sie nicht sofort in offene etatsmäßige Stellen einrücken können, zunächst abereitsmäßig verpflegt und rücken beim Freiwerden von etatsmäßigen Stellen ohne weiteres in solche ein.“

Damit ist der weitergehende Antrag Richter erledigt. Dagegen wird folgender Antrag Richter angenommen:

Stellen im Expeditionscorps in Meer und Marine, die nicht zugleich im Reichshaushalts-Etat für den Friedensstand vorgesehen sind, dürfen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nur besetzt werden mit dem Vorbehalt, daß die betreffenden Personen nach Beendigung der Expedition in diejenigen etatsmäßigen Stellen einrücken, auf welche sie auch beim Verbleiben im Friedensstand Anspruch haben würden.“

In einer Zwischenbemerkung erklärt Staatssekretär v. Treppe: Ich habe mittlerweile den Namen des Benannten erfahren, gegen den sich der Vorwurf des Abg. Müller-Gulda in der vorigen Sitzung der Kommission richtete. Ich wünsche die völlige Klarstellung der Angelegenheit und habe deshalb das Disziplinarverfahren gegen den betreffenden Herrn befristet. Wie weit die Richtigkeitsverhältnisse bei dieser Angelegenheit mitspielen, entzieht sich meiner Beurteilung. Von den 68 Seiten des Müller'schen Berichts bedeuten 4 bis 5 Seiten mit dem Referat, das das Volkische Telegraphenbureau verbreitet hat; aber hier handelt es sich lediglich um Wiederholung der Regierungserklärungen. Am übrigen haben weder Beamte noch Offiziere irgend welchen Anteil am Referat. Ich bedauere das Vorkommnis um so mehr, als die Marine dem Abg. Müller und seiner Partei für das Zustandekommen des Flottengesetzes in höchstem Maße

dankebar sein muß. — Die Kommission geht über zur Frage der Finanzierung.

Abg. Dr. Vachem (C.) wiederholt seine Anfrage, woher die Regierung die für China ausgegebenen Mittel genommen habe.

Staatssekretär v. Tzielsmann: Diese Summen sind aus den allgemeinen Verhältnissen der Reichshauptkasse, d. h. aus Matrikularbeiträgen, Steuern, Zöllen entnommen. Die amerikanische Anleihe haben wir nicht zu diesem Zweck aufnehmen müssen.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die trostlose Schilderung der Finanzlage durch den Staatssekretär in der vorigen Sitzung hat mich einigermaßen erschreckt. Wohin sollen wir kommen? Nun sagte der Staatssekretär auch, von China sei überhaupt nichts wiederzubekommen. Da muß irgend etwas Grundliches geschehen! Aber bei dieser Gelegenheit läßt sich das nicht so nebenher machen! Die Einzelstaaten kann man nicht schärfer heranziehen, denn sie haben vielfach selbst eine schlechte Finanzlage.

Staatssekretär v. Tzielsmann: Ich kann nicht behaupten, daß wir von China nichts bekommen werden. Ich habe nur erklärt, ich könne nicht wissen, ob und wie viel zu erhalten sei. Es ist zu unterscheiden zwischen dem Stand der Reichshauptkasse und der Reichsfinanzlage. Ein ungünstiger Stand der ersteren bedingt nicht zugleich einen ungünstigen Stand der letzteren. Gegenwärtig allerdings stehen beide schlecht!

Abg. Müller-Gulda (C.) begründet von neuem seinen Vorschlag, Schatzanweisungen nur auf kürzere Zeiträume auszugeben und schlägt die baldige Schaffung einer Sacharins- und Schaumweinsteuer vor.

Unterstaatssekretär im Reichs-Schatzamt v. Uffenborn wendet sich gegen den Vorschlag des Abg. Müller betreffs kurzfristige Schatzanweisungen. Wenn wir eine klare Zukunft vor uns hätten, so könnte man Schatzanweisungen mit Frist annehmbar finden. Wer allein die Flottenvorlage erfordert für die nächste Zeit mehrere 100 Millionen Anleihen. Es ist sicher, daß wir 1904/5 neue große Anleihen aufnehmen müssen. Was hat es für einen Sinn, das Reich zu zwingen, in jenen Jahren 150 Millionen Schulden zu tätigen, wenn dies nur durch neue Schuldenmachungen möglich ist? Wir haben deshalb schon bei der Aufnahme der amerikanischen Anleihe den inländischen Markt schonen wollen, da wir bald mit viel kräftigeren Anleihen vorgehen müssen. Ich bitte, die Finanzverwaltung in dieser Beziehung nicht zu binden. Bei den 2 Milliarden Schulden haben Sie um freie Hand gelassen, überlassen Sie es auch jetzt uns, wie wir das Geld aufbringen wollen!

Abg. Graf Limburg-Sturum (L) und Ong (C.) sprechen gegen die Heranziehung der Bundesstaaten.

Abg. Weibel (Soz.): Die Ausführungen des Staatssekretärs Tzielsmann über die ungünstige Finanzlage scheinen einen Klug- und Nothschrei zu bedeuten, der an den Reichstag gerichtet ist und uns sagt: Seid vorsichtig! Dem Drängen an gewissen Stellen nach bestimmten neuen, weitestgehenden Unternehmungen verweigern die Regierungstellen schwer zu widerstehen. Der Reichstag hat die Aufgabe, diesen Widerstand zu leisten. Es ist ganz falsch, das Reich-Schatzamt wegen der ungünstigen Finanzlage zu beschuldigen. Der Reichstag allein trägt die Schuld, daß wir rapide dem Bankrott entgegengehen. In 5 und 6 Jahren werden wir nicht mehr aus noch ein wissen. Die 80 Millionenanleihe ist doch nur durch das China-Abenteuer nötig geworden, das durch die laufenden Einnahmen nicht bezahlt werden konnte. Es liegt auch in dieser Beziehung ein durchaus verfassungswidriges Verfahren der Reichs-Finanzverwaltung vor. Aber die maßgebenden Parteien schließen hier die Augen, während in Wirklichkeit hier ebenso, wie in den andern von uns behandelten Fragen eine Indemnitätserteilung nötig wäre. Wenn Sie eine Sacharins- und Schaumweinsteuer machen, so wäre das ein Tropfen auf dem heißen Stein. Greifen Sie doch zur Brauntwein-Liebesgabe, zu den Zunderprämien, da haben Sie gleich 75 Millionen, welche das Volk lieber denn an das Reich gezahlt sieht, als an die privaten Kapitalgeber.

Weiter sind wir durchaus der Meinung, daß, da Entschädigungen von China gar nicht oder nur wenig einkommen, die neuen Summen durch eine besondere Kriegsteuer aufgebracht werden müssen. Diejenigen Kreise müssen getroffen werden, die sich am lautesten für den Chinazug begeistert haben. Es muß eine progressive Einkommensteuer in Verbindung mit einer Vermögenssteuer geschaffen werden. Das Reich wird von selbst zur Einkommensteuer schließlich greifen müssen, wenn das Versprechen des Centrums verwirklicht werden soll, daß die zu erwartenden höheren Einnahmen aus der Volksgesetzgebung für Arbeiter- Wohlfahrtszwecke verwendet werden sollen. Ich mache insbesondere die Centrumspartei verantwortlich für die ganze gegenwärtige Finanzwirtschaft. Man kann demnach Respekt bekommen vor den Nationalliberalen. So schlimm haben diese es denn doch nicht getrieben wie jetzt das Centrum; allerdings machen sie jetzt mit dem Centrum alle diese Ungehörlichkeiten mit. Sehr able Folgen werden aus der jetzigen Finanzlage erwachsen beim Abschluß der Handelsverträge. Man wird versuchen, möglichst viel aus Zöllen für das Reich hereinzubringen und hierdurch wird die wirtschaftliche Entwicklung wiederum in hohem Maße gehemmt und damit auch die Reichsfinanzen weiter erschwert werden.

Abg. Richter (fr. Sp.): Es ist klar, man hat Geld zu Dingen verwendet, für die sie nicht bewilligt worden waren. Der Centrumsvorschlag scheint mir unannehmbar. Wir würden uns selbst eine Zwangslage schaffen, die Reformen verhindert. Wenn die Zahlung dieser ganzen Summe nach wenigen Jahren geschehen soll, so muß der Reichstag alles bewilligen, denn wir können der Regierung nicht Summen verweigern, auf die die Gläubiger klagbare Rechte haben.

Abg. Dr. Vachem (C.): Die Finanzwirtschaft der letzten Monate wird mir immer schlechter, wenn sich die Verhältnisse der Hauptkasse so sehr verschlechtert haben, woher hat man denn das Geld für China genommen? Entweder hat man die Nebenweisungen an die Bundesstaaten zurückgehalten oder man hat die amerikanische Anleihe zur Stopfung der Löhler demütigt. Beides wäre eine skandalöse Gesetzesverletzung; denn Gelder dürfen nur zu dem Zweck benutzt werden, für die sie bewilligt sind.

Staatssekretär v. Tzielsmann: Der Herr Abg. Dr. Vachem übersieht vollständig den laufenden Schatzanweisungscredit, der seit Jahren zum Stopfen der Löhler in der Reichskasse benutzt wird. Wir haben die Nebenweisungen an die Bundesstaaten nicht zurück-

gehalten; es sind nur Verzögerungen eingetreten, und zwar im Einverständnis mit den Einzelstaaten, wodurch diesen keinerlei Verluste entstehen.

Abg. Müller (Zulda) zieht seinen Antrag betreffend Fristbestimmung der Schatzanweisungen zurück und polemisiert gegen Weibel; seit das Centrum ausschlaggebende Partei sei, sei die Schuldenwirtschaft nicht vermehrt worden, sondern viel geringer als in früheren Jahren. Er hätte nichts gegen die Abschaffung der Zunderprämien, auch die Regierung sei dafür; es fehle nur an Frankreich und dem Ministerium Wiserand. Die Socialdemokraten sollten sich überhaupt nicht über das Centrum beschweren; sie hätten ja die recht unnötigen Fruchtbaute des Herrn v. Pöbelschky unterstützt.

Unterstaatssekretär v. Uffenborn: Es liege wohl ein Mißverständnis vor, wenn der Abg. Dr. Vachem eine doppelte Staatswürdigkeit konstatieren zu müssen glaube, statt einer, die nur vorliegt. Die 80 Millionen-Amerika-Anleihe müßten wir ohne Zweifel auch aufnehmen, abgesehen von der China-Expedition.

In der nunmehr folgenden Abstimmung wird § 1 der Regierungsvorlage, der den Wortlaut hat:

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte dritte Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900 wird in Ausgaben auf 152 770 000 M. an einmahligen Ausgaben des außerordentlichen Etats und in Einnahmen auf 152 770 000 M. festgestellt und tritt dem Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900 hinzu,

unter Auslegung der Summe von 243 000 M. für Pensionen, Witwen- und Waisengelder sowie Zuschüsse zu denselben an Unterstellungen mit sämtlichen Stimmen gegen die der Socialdemokraten genehmigt. Einstimmig angenommen wird der Antrag Richter als § 2 der Vorlage:

Verkaufserlöse für die aus den Mitteln dieses Etats beschafften Gegenstände, die entbehrlich sind oder nach der Rückkehr des Expeditionscorps in Meer und Marine sowie der Verstärkung der ostasiatischen Flottenstationen entbehrlich werden, können auf die Ausgaben dieses Etats in Anrechnung. Dasselbe ist der Fall in betreff des Logwerts derjenigen Gegenstände, welche aus den Mitteln dieses Etats an Armees- und Marinebeständen gegen Wertersatz entnommen oder sonst beschafft sind, und den Beständen der Armees- und Marine wieder zugeführt werden.

Ebenfalls kommen auf die Ausgaben dieses Etats in Anrechnung Einnahmen aus Verpflegungsgeldern für die Okkupations-truppen aus der Veräußerung von Kriegsbeute und aus örtlichen Kontributionen.

§ 2 der Regierungsvorlage, jetzt als § 3 bezeichnet, der besagt: Der Reichszentraler wird ermächtigt, zur Befreiung einmahliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 152 770 000 M. im Wege des Credits schaffig zu machen wird im Princip angenommen unter Vorbehaltung der Höhe der Summe.

Angenommen werden ferner Absatz 1 und 3 des Richter'schen Antrags 2a:

Entschädigungen, welche für die Kosten der Expedition oder allgemeine Bewachtelungen des Reichs gezahlt werden, sind zur Verminderung der Reichsschuld zu verwenden.

Die Verminderung der Reichsschuld erfolgt durch entsprechende Abziehung vom Anleihenlohn; soweit geeignete Anleihencredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushalts-Etat Entscheidung getroffen.

Absatz 2 des Richter'schen Antrags, betreffend die Nebenweisungen an die Bundesstaaten wird mit allen gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Socialdemokraten abgelehnt.

Abgelehnt wird der Antrag Richter 2d, der lautet:

Soweit durch die Expedition nach Ostasien nach dem Rechnungsjahr 1900 noch Kosten entstehen, sind dieselben für jedes Jahr im Voraus zu veranschlagen und auf den Reichshaushalts-Etat zu bringen, damit, daß dieselben noch vor Beginn des Etatsjahres durch Gesetz festgestellt werden können.

Die weiteren Anträge des Abg. Richter zu Nr. 4 betreffend allgemeine Bestimmungen bezüglich möglichst scharfer Kontrolle des Etats sowie die folgende Resolution des Centrums:

Die verabschiedeten Regierungen zu erforschen, darauf hinzuwirken, daß in dem die Wirken in China abschließenden Staatsvertrag die Freiheit der christlichen Religionsübung in China ausbedungen und unter den Schutz der bei dem Vertrag beteiligten Staaten gestellt werde, werden bis nach Neujahr zurückgestellt, wo sie zugleich mit dem von der Regierung vorzulegenden Pensionengesetz beraten werden sollen. Damit vertagt sich die Kommission auf unbestimmte Zeit.

### Politische Anekdote.

Berlin, den 10. Dezember.

#### Der Reichstag

Begann heute die erste Lesung des Etats. Die Tribünen waren überfüllt, die Bänke der Abgeordneten aber wiesen erhebliche Lücken auf. Die großen Debatten über die Weltpolitik, die an die Nachtragsforderung für die China-Expedition angeknüpft hatten, schienen den Rahm von der Milch abgeschöpft zu haben. Bis tief in die Sitzung hinein kamen die Zuhörer nicht auf ihre Kosten. Es ist wirklich kein Vergnügen, den Herrn v. Tzielsmann das übliche Finanzergöpfchen geben zu hören. An der Wiege dieses Redners standen nicht die Grazien und zudem spricht er noch so leise, daß selbst der Präsident die Hand ans Ohr legen mußte, wenn er auch nur etwas von den Worten erlauschen wollte. Der Reichs-Schatzsekretär hat sein sorgenschweres Herz auch schon in der Budgetkommission ausgeschüttet und so weit seine abgerissenen Sätze verständlich waren, wiederholte er heute, was er dort gesagt hatte. Der wirtschaftliche Umschwung ist gekommen, an die Stelle der fatten Behaglichkeit ist die nervöse Unruhe getreten, und die Reichseinnahmen gehen zurück. In der Reichskasse herrscht gähnende Leere. Die Betriebsmittel des Reichs langen nicht aus.

Das das Hauptloch in den Finanzen durch die laumelnde Marinebegeisterung der Reichstagsmehrheit gerissen worden ist, verständig der Redner sorglich. Um so länger vertweilt er bei den Rindereinnahmen der Post, die mit den Entschädigungen für die Privatposten zusammen 80 Millionen betragen. Noch aus der Zeit des Flottengesetzes her stammen zwei Vorschläge der Finanzpolitiker des Centrums, der Champagnerzoll und die Sacharinsteuern, die bisher noch nicht verwirklicht worden sind. Dem Schaumwein soll es unmittelbar nach Weihnachten an den Krügen gehen, wie aber das Sacharin gefast werden soll, ist noch nicht klar, die steuer-technischen Vorbereitungen sind da noch im Gange.

Aufrichtig betrübt war hierüber der Staatsredner des Centrums, Herr Müller-Rudba, dessen gekränkten Verdiensten seine Partei eine Genugthuung schuldig war. Herr Müller, dessen lange Gestalt bequem zwischen zwei Vertikallinien eines Tiefen-lassabzugs geschoben werden könnte, ohne daß auch nur ein Teilchen hinübertrage, ist ein noch undeutlicherer Redner als Freiherr v. Thielmann. Zum Glück verlagte er sich so gut wie jeden Auszug ins Allgemeine und blieb ganz auf dem Gebiete trockener Zahlen. Er hofft, daß sich die Reichsfinanzen durchwursteln können, und denkt, wenn es doch nicht geht, an eine Erhöhung der Matrifularbeiträge der Einzelstaaten. Sehr grotesk nahm sich in seinem Munde die Aufforderung zu strenger Sparsamkeit aus, die er an alle Instanzen richtete. Schade nur, daß er nicht schon beim Flottengesetz auf diesen Gedanken gekommen ist. Herr Müller erkundigte sich höflichst beim Reichskanzler, ob er nicht zufällig in der Lage sei, die Quadratur des Kreises zu lösen. Er will nämlich stärkeren Schutz der Landwirtschaft — d. h. aus dem Agrarischen ins Deutsche übertragen: unterförmte Erhöhungen der Getreidezölle — und gleichzeitig Wahrung der Exportinteressen der Industrie. Den Arbeitern soll die Erhöhung der Lebensmittel-Zölle dadurch schmächter gemacht werden, daß die Mehreinnahmen aus den Reichszöllen zur Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung benutzt werden. Das ist ein Preis, der viel zu hoch ist.

Von den Nationalliberalen sprach Dr. Sattler. Auch er gefiel sich in einer sehr verspäteten Sparsamkeitspredigt. Dabei hat seine Partei den tiefen Flottengriff doch mit derselben Begeisterung wie das Centrum gethan. Immerhin führte dieser Redner die Diskussion auf ein allgemeines Gebiet. Er fragte den Reichskanzler, wie er zu den Fragen der inneren Politik stünde, im besonderen zur Fortführung der Socialpolitik, die er nach Posadowskys Muster weiter geführt haben will. Dann verlangte er die alsbaldige Veröffentlichung des Zolltarifs, dessen Vorlegung der Schatzsekretär recht sybillinisch für den Frühling oder für den Herbst versprochen hatte. Auch die Fohlenfrage verührte der Redner mit einigen hakatistischen Nebenarten. Die Hauptsache aber schien ihm doch die Erledigung eines Auftrags zu sein: er brachte den Nichtempfang Krügers in Berlin zur Sprache.

Graf Limburg-Stirum, der Redner der Konserbation, wiederholte diese Frage und amonicierte dabei nochmals, daß die Agrarier kein allzu großes Gefallen an der Weltpolitik hätten. Für die innere Politik ist das Programm der Konserbation das alte geblieben: Kanalgegnerschaft, hohe Getreidezölle und energische Bekämpfung des Umsturzes.

In sehr später Stunde nahm Graf Bülow das Wort, um sich über die deutsche Politik in der Transvaalfrage zu äußern. Man schien auf seine Rede für heute nicht mehr gerechnet zu haben, denn die Postge, in der der Hausminister Graf v. Wedel-Piesdorf und Fürst Radziwil gefessen, war schon lange leer. Der alte Hausminister war bei der Rede des Schatzsekretärs in ein gesundes Schlafchen gesunken, aus dem ihn erst die laute Stimme des national-liberalen Redners geschreckt hatte; dann aber hatte er auch jogleich die Mütze ergriffen.

Graf Bülow's Rede fand Beifall bis weit in die liberale Linke hinein. Sie betonte für die deutsche Politik den Grundsatz der Nichtemischung trotz aller Sympathie für die Boeren. Bemerkenswert war die Mitteilung, daß Deutschland alles gethan hat, um den Ausbruch des Kriegs mit seinem ungeheuren und entsetzlichen Blutvergießen, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, zu verhindern. Der Reichskanzler suchte den Eindruck zu erwecken, als habe Präsident Krüger den richtigen Zeitpunkt verpaßt, wo eine Vermittelung Aussicht auf Erfolg hatte. Im August 1899 verlangte er die Vermittelung, aber da war es nach Bülow's Erklärung zu spät; „wir konnten nicht mehr den Finger zwischen Thür und Angel legen, um das Zuschlagen der Thür zu verhindern“. Nun ist die Thür zugeschlagen und die Sache der Boeren ist aussichtslos. Höchst sonderbar ist nur, warum Graf Bülow erst so spät von dem Anerbieten der deutschen Vermittelung Mitteilung macht! Den Nichtempfang Krügers verteidigte Graf Bülow mit der Frage, was denn dem Präsidenten nun der Empfang in Paris genügt habe? Mehr als die unverbindlichen und höflichen Nebenarten Delcassés hätte man ihm auch in Berlin nicht sagen können. Sein Empfang aber hätte unsere internationalen Beziehungen verschoben und dem Deutschen Reich die dauernde Gegnerschaft Englands zugezogen.

Die Grundsätze, die der Reichskanzler heute für die äußere Politik aufgestellt hat, bedeuten eine scharfe Kritik jenes impulsiven 1899er Telegramms nach dem Jameson'schen Einfall und gleichzeitig stehen sie im thatsächlichen Widerspruch zu den thatsächlich vorhandenen abenteuerlichen Tendenzen unserer Weltpolitik, die uns außerordentlich leicht Konflikt auf den Hals ziehen können.

Dienstag wird die Debatte fortgesetzt. Als erster Redner wird voraussichtlich Bebel sprechen.

### Amerikanisch-deutscher Konflikt in China.

Wir hatten kürzlich bereits auf den Widerspruch in der Haltung unserer Chinalitung hingewiesen, die in demselben Augenblick, wo sie den Soldaten das Plündern verbot, sich nach den übereinstimmenden Nachrichten des Auslands anschickte, selbst chinesisches Eigentum als Siegestrophäen nach der Heimat zu schicken. Gegen dies Deutemachen hat nun Amerika energischen Protest erhoben.

Eine Bekinger Drahtung der „Morning Post“ besagt, General Chaffee beschwerte sich schriftlich beim Grafen Waldersee über die Befestigung der Instrumente von der Sternwarte seitens der Deutschen und Franzosen. Der Brief wurde wegen seines schroffen Tons zurückgesandt.

Ein andres Telegramm aus Peking lautet:

In dem hiesigen Observatorium waren deutsche und französische Offiziere bellamlich damit beschäftigt, zehn vorzügliche alte astronomische Instrumente von ihrem Plage zu nehmen, wovon fünf nach Berlin und fünf nach Paris als hochinteressante Beutestücke gesandt werden sollten. Jetzt hörten die Franzosen plötzlich mit dieser schwierigen Arbeit auf,

vermuthlich auf direkte Anweisung aus Paris. Die Deutschen setzen die Herabnahme der Instrumente unter Leitung des Pionier-Oberlieutenants Gündell ohne Unterbrechung fort.

Zweifellos hat Amerika ein Recht, dagegen zu protestieren, daß sich in einem Augenblick, wo die Friedensverhandlungen mit China bereits in vollem Gange sind, eine Macht an dem chinesischen Eigentum vergreift. Wenn Graf Waldersee seinen zweiten Triumphzug durch Mitführung von Beutestücken nach römischem Muster einen dekorativen Charakter verleihen zu müssen glaubt, so mag er erbeutete Kanonen oder Bogenlangen dazu benutzen, nicht aber astronomische Instrumente, die nicht im Gesecht erbeutet wurden, auf die Deutschland also selbst nach Kriegsrecht nicht den mindesten Anspruch erheben kann.

Frankreich scheint denn auch infolge der amerikanischen Vorhaltungen sein Unrecht eingesehen zu haben, während Deutschland sich offenbar nichts dreinreden lassen will. Wir hoffen indes, daß man von Berlin aus dem Grafen Waldersee die steile Anweisung giebt, alles zu unterlassen, was den übrigen Mächten Grund zu berechtigten Interventionen geben könnte.

## Deutsches Reich.

Wald so — bald so.

Wenn unser Graf Bülow, der bewährteste Heterkelterreger des Reichstags seit Alexander Meyers Ausscheiden, vor einem Jahr fünf Kanzler gewesen wäre, so würden wir keine Rede gegen die Donauquoterie der Interventionen gehört haben, sondern er würde mit edler Begeisterung solche Eingriffe gepriesen haben. Denn damals war die Blütezeit der gegen England gerichteten Interventionen, von denen man so wenig einen Weltkrieg befürchtete, daß man sie im Gegenteile für eine Garantie des Weltfriedens erklärte. Wir begreifen es schon, daß die deutsche Regierung sich scheut, dem alten Krüger ins Auge zu sehen, dem sie damals werthtätige Hilfe zugesichert, als sich die Boeren allein helfen konnten.

Die Transvaal-Interpellation war zu jener Zeit nicht die einzige. Deutschland hatte sich auch in den chinesisch-japanischen Krieg in höchst thörichter Weise eingemischt. Am 2. Januar 1896 brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen hochoffiziösen Artikel über das deutsche Programm der auswärtigen Politik. Das war ein großer Hymnus auf die Weisheit der Interventionenpolitik gegenüber England. Ein britisch-japanischer Zweibund sei in Sicht gewesen. Durch eine solche Eventualität sei in erster Linie Aufhals legitime Machtentfaltung bedroht. In der Erkenntnis dieser Gefahr habe Deutschland mit Rußland und Frankreich gemeinsam Einspruch erhoben. Durch solche Intervention — so führte der Artikel aus, und würde damals auch Graf Bülow aus tiefer Ueberzeugung ausgeführt haben — habe die Spannung der europäischen Lage bedeutend nachgelassen. Dieser neue Bund sei eine Vereinigung gegenseitiger Unterstützung, wo russische oder französische Interessen auf dem Spiel ständen. Der Artikel schließt:

„Da diese Interessen aber fast ganz außerhalb Europas liegen und überall nur auf englischen Gegensatz stoßen, so können wir nach menschlicher Berechnung einer längeren Zeit ungestörten Friedens entgegensehen.“

„Nur“ englischer Gegensatz — dieses „nur“ wirkt heute mit prächtiger Satire, wo die Rücksicht auf England nicht einmal den Empfang einer mit England verfeindeten Persönlichkeit gestattet. Damals aber war der englische Gegensatz so gering zu achten, daß dessen Verschärfung geradezu den Weltfrieden sicherte. Nichtsdestoweniger werden die Veteuerungen der Diplomatie, diese wichtig-sünerischen Karrensposten von den bürgerlichen Parteien ernst genommen.

Wie heute alles den Grafen Bülow preist, weil er dem Präsidenten Krüger nicht einmal die Thüre öffnet, so entzückte man sich Anfang 1896 über eine Intervention, die doch nichts war als eine gänzlich unnütze Provokation.

Am 7. Februar wurde der Freiherr v. Marschall, der damalige Staatssekretär des Auswärtigen, über die Transvaalfrage interpelliert. Herr v. Marschall erklärte — ganz wie jetzt im entgegen-gesetzten Fall —, die volle Verantwortlichkeit für das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger zu übernehmen, obwohl dieses Telegramm ja eine gegen England gerichtete Intervention in der schroffsten Form darstellte.

Am 13. Februar erörterte das Plenum des Reichstags die Angelegenheit. Vielleicht liest man bei den gegenwärtigen Staats-beratungen von den Ministern und bürgerlichen Abgeordneten vor, wie sie vor fünf Jahren eine durchaus zweckwidrige unnütze Interpellation verhehrlichten. Der nationalliberale Abgeordnete Hammacher war entzückt, daß das Auswärtige Amt mit „Entschlossenheit und Energie“ die Rechte Deutschlands in der gefährdeten südafrikanischen Republik zu wahren verstanden hat. „Ausgang und Endpunkt der deutschen Politik in Südafrika sei der Schutz der deutschen Interessen und im Zusammenhang damit die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der südafrikanischen Republik. „Alle Deutschen waren stolz darauf“, rief Herr Hammacher aus, „in dieser Enunciation Seiner Majestät des deutschen Kaisers einen Akt echt deutschen Selbstbewußtseins neben dem Ausdruck der lebhaftesten Gefühle des deutschen Volks zu erkennen.“

Herr v. Marschall erklärte darauf, daß jede Veränderung der staatsrechtlichen Stellung Transvaals die deutschen Rechte schwer beeinträchtige. „Diese legitimen Interessen zu schützen... dieser Pflicht kann und wird das Deutsche Reich sich nicht entziehen.“ Der Vorgänger des Grafen Bülow war also in dessen Sinn ein Don Quixote; denn er trat „in einen ganz scharfen Gegensatz“ zu jenen Bestrebungen, welche in Südafrika ganze Arbeit machen wollten, welche aufzuräumen wollten mit den selbständigen Staatengebilden und dem Besitzstand anderer europäischer Mächte, welche ganz Südafrika vereinigen wollen zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Staatsgebiet... In dem Sieg dieser Beziehungen würden wir allerdings eine schwere Schädigung unserer Interessen erblicken.“ Heute steht dieser Sieg und diese schwere Schädigung unmittelbar bevor — doch Graf Bülow sieht darin keine Gefahr, sondern nur in dem Versuch, dagegen anzukämpfen. Deutschland suche, so schloß der Herr v. Marschall, keine Händel — aber:

„Die Freiheit beanspruchen wir auch für uns, daß wir offen-kundiges Unrecht, welches unser Interesse bedroht, als solches bezeichnen und daß wir unsrer Genugthuung darüber, daß das Unrecht unterlegen und Recht doch Recht geblieben ist, in der Form Ausdruck geben, wie es dem Empfinden der ganzen Nation entspricht.“

Inzwischen hat das Unrecht gesiegt, aber der Nachfolger des Freiherrn v. Marschall beweist, daß wir nicht einmal die Freiheit für uns beanspruchen dürfen, gegen dieses Unrecht ein Wort des Bedauerns zu äußern.

Nach dem Herrn v. Marschall kam Herr Lieber; er sprach — wie jetzt bei genau entgegengesetzter Sachlage — dem Leiter der auswärtigen Politik sein „volles und unbedingtes Vertrauen“ aus und dramatisierte:

„Auch wir wünschen die Erhaltung... guter Beziehungen zu England, aber niemals auf Kosten des Rechts und der Großmachstellung des Deutschen Reichs.“

Auch Herr Lieber war damals ein Don Quixote. Weiter war der konervative Herr v. Mantuffel stolz darauf, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amts „in keinem Punkt die Ehre Deutschlands auch nur um eines Haars Breite preisgegeben hat, und daß er das Recht nach keiner Richtung hat beugen lassen“. Und Herr von Karborsy pries die „feste und energische Führung“ der auswärtigen Politik.

Als Genosse Bebel damals zwar die Stellungnahme Deutschlands gegenüber dem Einfall Jamesons billigte, aber das gegen England gerichtete Kaisertelegramm mißbilligte, da äußerte das hohe Haus lebhaften Widerspruch und verfiel in große Unruhe. Denn das hohe Haus war eben von einem wahren Interventions-Kaufsch befallen, in dem Herr Liebermann v. Sonnenberg poetisch lautete:

Nun ist die Kette wieder voll —  
Weß dem, der daran rühren soll!  
Mit Gott und unfrem Kaiser  
Ein Volk, ein Haus, ein Heer!

In den fünf Jahren ist die auswärtige Politik von dem einen Extrem in das andre getaumelt, aber die bürgerlichen Parteien huldigen wieder mit vollem Vertrauen der Weisheit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, je nach Wunsch und Kommando.

### Wie man in China Krieg führt.

Neben die berühmte Expedition nach Paoingfu, die von zwei starken Kolonnen ausgeführt wurde, läßt sich die „Frank. Jtg.“ von ihrem Spezialkorrespondent aus Tschifu vom 31. Okt. berichten:

„Drei zwei Armeen, die weit von einander entfernt sind, einem Ziel zustreben, das kannte die Kriegsgeschichte bereits vor Moltke. Allerdings wird nur eine besonders wichtige Veranlassung zu einer derartigen gemeinsamen Operation führen, wenn es sich nämlich darum handelt, einen wirklich großen Widerstand zu brechen. Lag eine solche Veranlassung vor? Meiner Ansicht nach nicht.“

Allerdings waren verstreute Boerhaufen in der Nähe von Paoingfu gemeldet, aber zu ihrer Bekämpfung hätte vielleicht ein Bataillon reichlich genügt. „Den wollen Sie denn schlagen?“ fragte ich den Herrn, der mir dort „Bereitschlagen“ sprach. „Nun, die Boers.“ „Glauben Sie, daß diese Leute, die nicht einmal die Geandtschaften zu nehmen vermochten, Ihren Armeen Widerstand leisten werden?“ Darauf erhielt ich keine Antwort, aber die Antwort war die launliche und bedingungslose Uebergabe Paoingfu. Heute behaupten viele Offiziere, daß die ganze Unternehmung nur deshalb stattgefunden habe, weil man „den Leuten zu Hause zu liebe“ etwas haben unternehmen mußte.

Diese Nachricht bestätigt glänzend unsere Auffassung von Waldersee's großartigen strategischen Leistungen. Man muß „den Leuten zu Hause zu liebe“ doch ein wenig Krieg spielen.

Der neue Gouverneur von Deutschostafrika. Nach einer offiziellen Meldung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist an Stelle des Generalmajors v. Liebert, der wegen seiner bevorstehenden Ernennung zum Divisions-Kommandeur um Enthebung von seinem Posten nachgesucht hat, Graf Gögen für denselben in Aussicht genommen.

Graf Gögen, der erst 35 Jahr zählt, hat von 1884/1887 in Paris, Berlin und Kiel Staatswissenschaften studiert, war 1890/91 in Rom als Votschafts-Attache und unternahm während dieser Zeit seine erste Reise nach dem Nilmandscharo. Während er 1892 als Offizier zur Kriegsakademie kommandiert war, unternahm er eine Reise nach Kleinasien mit Major von Dietz zu topographischen Aufnahmen. 1893 machte er seine große Reise durch Afrika, die er 1895 in seinem Werk beschrieb. In den Jahren 1896/98 in Washington als Militär- und Marine-Attache, war ihm Gelegenheit gegeben, neben seiner militärischen Funktion auch über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vereinigten Staaten zu unterrichten. Während des spanisch-amerikanischen Kriegs war er dem amerikanischen Oberbefehlshaber als deutscher Militär-Attache beigegeben. Seit vielen Jahren ist Graf Gögen Mitglied des Ausschusses der deutschen Kolonialgesellschaft und des kolonialwirtschaftlichen Komitees; er hat sich als solches auch an einer Reihe von wirtschaftlichen Fragen beteiligt.

Ob Graf Gögen, der danach mehr Diplomat und Wirtschaftspolitiker ist, seine Aufgabe von einem wesentlich andern Gesichtspunkt aus anfassen wird, als der nichts-als-soldatische Herr von Liebert, muß abgewartet werden. Die einseitige militärische Art der Verwaltung unserer afrikanischen Kolonien, die ihre Erfolge lediglich nach der Zahl schneidig ausgeführter Strafexpeditionen bemah, hat ja selbst in unserer nationalliberalen Presse eine große Erbitterung hervorgerufen und die laute Forderung ertönen lassen, an die Stelle des nach Auszeichnung und kriegerischen Bravourthaten lästernen militärischen Elements Beamte aus den Kreisen der Handelsinteressenten treten zu lassen.

Genügt die Aufklärung? Die „Hamb. Nachr.“ sind außerst entzückt über die offiziöse Darstellung, daß Deutschland mit Rücksicht auf England und den lieben Frieden dem alten Ohm Krüger gegenüber selbst von einem Akte der Höflichkeit habe Abstand nehmen müssen.

„Das heißt aber doch mit andren Worten: Deutschland ist nicht einmal mehr soweit Herr im eignen Hause, daß es frei darüber bestimmen kann, wen es bei sich empfangen will und wen nicht, darüber hat England zu entscheiden! Wir müssen offen gestehen, daß diese Sachlage für unser deutsches Nationalgefühl nicht sehr erhebend, politisch genommen aber ganz unbegreiflich ist, vorausgesetzt, daß nicht Dinge vorliegen, die wir nicht kennen und die geheim gehalten werden. Wenn wir nicht wagen dürfen, Krüger auch nur in unpöthlicher Audienz zu empfangen, um England nicht zu verletzen, so hat das deutsche Volk jedenfalls ein Recht darauf, zu erfahren, woran es liegt, daß wir uns England gegenüber in einer derart unfreien und demütigenden Lage befinden. Haben wir uns in China derart verfahren, daß wir ganz à la merci von England gestellt sind und daß es nur von dieser Macht abhängt, unsrer dortigen Position und Expedition ein Ende mit Schreden zu bereiten oder uns zum Bruch mit Rußland zu treiben?“

Die „Hamb. Nachr.“ werden nun zu erklären haben, ob ihnen Bülow's „Aufklärung“ genügt.

Halle a. S., 10. Dezember. (Eig. Ber.) Die Beschwerde über die Verhaftung Ewenth's wurde auch vom Ober-Landesgericht abschlägig beschieden. In dem Beschluß heißt es: Weder die vom Beschwerdeführer glaubhaft geltend gemachten häuslichen Umstände, noch die Thatfache, daß er anlässlich der früher gegen ihn anhängig gemachten Untersuchungen in Strafsachen von geringerer Erheblichkeit nicht versucht haben mag, sich der Verfolgung durch die Flucht zu entziehen, noch das Anerbieten einer Sicherheitsleistung erscheinen geeignet, den durch die Höhe der Strafe begründeten Fluchtverdacht zu beseitigen, welche der Beschwerdeführer in der zur Zeit gegen ihn anhängigen Strafsache wegen Majestätsbeleidigung in mehreren Fällen zu erwarten hat.

Socialdemokratische Redacteurs, denen sehr hohe Gefängnisstrafen drohen, haben sich nicht durch Flucht dem Gericht entzogen. Sie nahmen die Strafe auf sich als Verwundete im Klassenkampf. Wir erinnern nur an den Fall unfres Genossen Reichstags-Abgeordneten Schmidt, der in der Voraussicht langjähriger Gefängnisstrafe tapfer ausharrte und wirklich mit drei Jahren Gefängnis bestraft wurde, die er jetzt gerade im Gefängnis zu Halle verbrüht. Wir

Ähnliche Fälle anführen und müssen in der Annahme des Flüchtigkeits gegenüber Evidenz eine vollständige Verleumdung der sozialdemokratischen Redactoren erfahrungsgemäß eigenen Gesinnungen erkliden. Ein Mann, der mit all seiner Ueberzeugung und all seinem Wesen an der politischen Thätigkeit hängt, die er hierzulande ausübt, sollte selbst als überaus socialistenfeindlich bekannten Juristen des Raumburger Oberlandesgerichts nicht als Flüchtigkeits gelten.

Es kommt hinzu, daß dem Laienverstand die Annahme mehrfacher Majestätsbeleidigungen in den betreffenden Notizen des „Halle'schen Volksblatts“, die die Chinamedaille behandelten, völlig unverständlich ist. Sollte wirklich dieses Majestätsbeleidigungs-verfahren weiter durchgeführt werden, so würde es sich denjenigen Majestätsbeleidigungs-Prozessen würdig anreihen, die in den weitesten Kreisen des deutschen Volks größte Erregung und das dringende Verlangen nach Befreiung des Ausnahmegerichtes der Majestätsbeleidigung hervorgerufen haben.

**Haager Schiedsgerichtsbureau.** Zu der von dem ständigen Bureau für das internationale Schiedsgerichtsverfahren im Haag zu führenden Schiedsrichterliste sind als deutsche Mitglieder Dr. Dingner, Senatpräsident vom Reichsgericht, Legationsrat v. Franke, vortragender Rat im Auswärtigen Amt, Dr. v. Martini, Professor der Rechte an der Universität Berlin, und v. Bar, Professor der Rechte an der Universität Göttingen, angemeldet worden.

Die Veröffentlichung der deutschen Mitglieder für die Haager Schiedsgerichtsliste kommt gerade zur guten Stunde, da Graf Bülow die elende Treulosigkeit der Staaten des europäischen Kontinents, voran Deutschlands, gegenüber den Voeren mit der Unmöglichkeit eines Schiedsgerichts-Verfahrens zu recht fertigen versucht.

Die Mitglieder der Haager Schiedsgerichtsliste bleiben stumm gegenüber der Vergeßlichkeit in Südafrika. Sie werden erst in Thätigkeit treten, wenn es gilt, einem internationalen Unrecht das Rechtsmäntelchen umzuhängen.

## Ausland.

### Französische Kolonialgrenze.

Tout comme chez nous — genau wie bei uns —, das ist der Eindruck, den man gewinnt, wenn man die Verhandlungen der französischen Kammer in der Sitzung vom Sonnabend verfolgt. Der Deputierte Vigné d'Octon erhebt fürchtbare Anklagen gegen die französischen Soldaten im Sudan und auf Madagaskar; er zählt eine lange Liste von Schandthaten auf, begangen durch sogenannte christliche Zivilisatoren an den „Wilden“. Und es sind nicht gemeine Soldaten, sondern durchweg Offiziere, die hier beschuldigt werden, in der bestialischsten Weise gegen die Eingebornen gewütet zu haben.

Im Sudan, so berichtet Vigné, haben Offiziere (deren Namen er auch nennt) sich am Sklavenhandel beteiligt. Ein Lieutenant, dessen Grausamkeiten rühmbar geworden, sei nach Frankreich zurückberufen und für verrückt erklärt worden; heute sei er aber wieder in einer höheren Stellung in der Armee.

Viel schlimmeres wurde aber von Madagaskar berichtet; dort habe der Lieutenant Laverdure in der schrecklichsten Weise gehandelt. Die Eingebornen seien ins Wasser geworfen oder, eingekerkert in Stroh, das mit Petroleum gestränkt war, lebend verbrannt worden. Geschlechtliche Verstimmlungen, wie sie zur Zeit der Inquisition angewandt wurden von den französischen Kulturträgern verübt. In Djibouti habe ein Richter einem Angeklagten, um ihm ein Geständnis abzupressen, die Hoden verstimmt lassen. Unter wachsender Unruhe des Hauses schildert der Redner weitere schamlose Grausamkeiten; Raub, Mord, Plünderung ist demnach in den Kolonien an der Tagesordnung; er verlangt am Schluß seiner Rede die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.

Der Minister verspricht die peinlichste Untersuchung der vorgetragenen Fälle, die parlamentarische Enquete lehnt das Kabinett aber ab. Mit 400 gegen 116 Stimmen wird diese abgelehnt. Schließlich wird eine Tagesordnung angenommen, welche der Regierung das Vertrauen schenkt, daß sie den Sklavenhandel unterdrückt und Grausamkeiten in den Kolonien nicht dulden werde.

### Niederlande.

**Ueber den Empfang Krügers durch die Königin von Holland,** der am Sonnabend im Haag stattfand, wird berichtet: Lehnd nahm an der vierstündigen Unterredung der Königin mit Krüger nicht teil. Derselben wohnte nur die Königin-Mutter bei. Krüger, welcher über dem schwarzen Rock eine breite Schärpe in den Farben Transvaals und das Wrokkreuz des Ordens vom Niederländischen Löwen trug, dankte der Königin dafür, daß sie ihm die „Gelderland“ zur Verfügung gestellt habe. Die Königin Emma soll zu Krüger gesagt haben: „Ich werde Ihnen im geeigneten Augenblick den Beweis meiner Freundschaft geben, nicht jetzt.“ Man möchte im Haag die ganze Frage offenbar bis nach der Hochzeit der Königin Wilhelmine, die heißt bis Anfangs Februar, vertagt sehen. Der holländische Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen stellten am Sonnabendnachmittag Krüger einen halb-stündigen Besuch ab.

Ueber ein Telegramm des Barons an Krüger, das in sehr freundlichem Tone abgefaßt sein soll, wird von der Vorenmissionsschweigen beobachtet. Die „Times“ wollen jedoch wissen, daß auch der Bar ein Empfang Krügers abgelehnt habe.

### Afrika.

Der Wet scheint wiederum glücklich entkommen zu sein. Wenigstens sind für heute alle Nachrichten über seinen Verbleib ausgeblieben.

Wie sehr man noch immer, trotz des diesmaligen Scheiterns der Absicht de Wetts, in das Kapgebiet einzufallen, einen erneuten Versuch der Grenzüberschreitung befürchtet, und wie wenig man die 210 000 Mann, die sich an englischen Truppen noch immer auf dem Kriegsschauplatz befinden, für ausreichend hält, beweist folgende Meldung aus Johannesburg: Die Aushebung für die Truppe der sogenannten „Rand Rifles“ schreitet fort. Jeder kriegstüchtige englische Unterthan wird zu der Aushebung herangezogen und ist zum Dienste innerhalb und außerhalb Transvaals verpflichtet. Die Einzahlung Johannesburgs mit Stacheldraht ist nahezu vollendet. Es werden abdam nur fünf Ausgänge bleiben und es wird für niemand möglich sein, dem Feinde Nahrungsmittel zu liefern. Die Entfernung der Bevölkerung aus dem umliegenden Gelände schreitet fort. Hunderte von Frauen und Kindern treffen hier ein und werden in der Rembabin untergebracht.

Danach muß man Johannesburg für sehr bedroht halten.

Ueber die Reorganisation des Voerenwiderstands wird unterm 10. Dezember aus Marseille gemeldet: Meijerbaach-Caserta, ein Adjutant des Präsidenten Steijn, ist hier eingetroffen und hat einem Bericht-erstatler erklärt, daß er sich mit einer diplomatischen Mission Steijns zum Präsidenten Krüger begeben. Caserta betonte, die militärische Organisation von Transvaal und dem Orange-Freistaat sei niemals so vollkommen und so ausgezeichnet gewesen als gegenwärtig, niemals sei man mehr davon entfernt gewesen, sich zu unterwerfen. Steijn habe den Sitz der Regierung in Pretoriusburg aufgeschlagen, die Thätigkeit der Behörden funktioniere wie gewöhnlich. Die moralische Wirkung der Verwaltung werde sich mehr und mehr in der Kapkolonie unter der Afrikaner-Bevölkerung. Die von englischen Soldaten verübten Grausamkeiten empörten die öffentliche Meinung. Die Voeren seien entschlossen, sich nur auf einen Frieden einzulassen, welcher die Unabhängigkeit und die Autonomie beider Republiken gewährleiste; man wolle ein stehendes Heer beibehalten; werde dies

verteigert, so würde man bis zum Tode kämpfen. Caserta erklärte schließlich, der dem Präsidenten Krüger bewilligte Urlaub werde sich höchstens auf 6 Monate erstrecken. Caserta begiebt sich von hier nach Paris, wo er von Krüger Weisungen erwartet.

## 5. Bayerischer Parteitag.

Fürth, 9. Dezember.

Gestern nachmittags um 4 Uhr begannen im kleinen Saale des Saalhaus die Verhandlungen des 5. bayerischen Parteitags. Vertreten sind 50 Orte durch 89 Delegierte, außerdem sind eine Anzahl Abgeordnete und Gäste anwesend.

Nach Erledigung der Bureauwahl und Aufstellung der verschiedenen Kommissionen erstattete Genosse Scherm den Bericht des Landesvorstands, worin er besonders hervorhebt, daß die auf dem Würzburger Parteitag beschlossene Umwandlung der Partei-Organisation im großen und ganzen sich in zufriedenstellender Weise vollzogen und die Anstände, die sich anfangs ergaben, nur geringfügiger Natur waren. Die drei Gauverbände zählen gegenwärtig 103 socialdemokratische Vereine mit zusammen über 16 000 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen der Gauverbände pro 1899 betragen 9800 M., diese bilden ein Viertel der von den Organisationen erhobenen Beiträge, so daß man die Einnahmen auf ca. 39 000 M. schätzen darf; in Wirklichkeit aber sind sie noch größer, da manche Vereine mit ihren statistischen Leistungen noch im Rückstande sind. Die finanziellen Verhältnisse haben sich nach diesen Zahlen bedeutend gebessert und es soll nun der Anfang damit gemacht werden, daß ein fester Prozentsatz der Einnahmen an die Parteikasse nach Berlin abgeführt wird.

Auch in Bezug auf die Agitation sind Fortschritte zu verzeichnen. Die vorjährigen Landtagswahlen haben ergeben, daß die Zahl unserer Wahlmänner sich seit 1893 fast verdoppelt hat, während die Zahl der Abgeordneten von 5 auf 11 stieg. Die Zahl der socialdemokratischen Urwähler läßt sich leider nicht feststellen, da die amtliche Statistik in dieser Beziehung sehr mangelhaft ist. Bezüglich der Kompromisse bemerkt Scherm, daß diese, obwohl sie von einzelnen Genossen im Reich als schädlich bezeichnet worden seien, uns, wie der Erfolg gezeigt habe, durchaus nicht geschadet hätten. Daß das Centrum mit uns Kompromisse suchte, zeuge von der Stärke und dem Einfluß unserer Partei.

Bei den Gemeindevahlen wurde außer in Fürth und in der Pfalz ein nennenswerter Erfolg nicht erzielt, die Ursache liegt in den reaktionären Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung, die Gemeindevahlen selbst fuchen die Möglichkeit zur Erlangung des Gemeindevahlrechts noch zu erschweren. Es ist auch nicht zu erwarten, daß in dieser Hinsicht in nächster Zeit Besserung eintritt. Erfreuliche Erfolge erzielte dagegen die Arbeiterkassette, soweit sie nicht den bürgerlichen Parteien Heeresfolge leistet, bei den Gewerbegerichts-wahlen, und als besonders erfreulich ist es zu bezeichnen, daß sie in einigen schwarzen Domänen den Sieg errang.

Mit diesem Referat wurden zugleich die unter den Punkt Agitation und Organisation stehenden Anträge zur Diskussion gestellt, die sich sehr erge gestaltete und, nachdem wegen vorgerückter Zeit die Verhandlungen abgebrochen werden mußten, am andern Morgen fortgesetzt wurde. Beschlossen wurde, daß der Vorstand des Gauverbands auf dem Gantag zu wählen ist, daß über Reorganisation von Zeitungen der bayerische Parteivorstand entscheidet, daß der Ausschluß aus der Partei nach den Bestimmungen des allgemeinen deutschen Statuts zu regeln ist und daß bei längerer Arbeitslosigkeit, in Kossfällen oder Krankheit die Beiträge auf Verlangen gestundet oder erlassen werden können.

Den Landesvorstand bildet die socialdemokratische Landtagsfraktion (bisher Landtags- und Reichstags-Abgeordnete). Bezüglich des Prozentsatzes der Beiträge, der an die Parteikasse in Berlin abgeliefert werden soll, liegen drei Anträge vor. (Infolge eines Schreibfehlers in unserem Bericht können wir nicht feststellen, ob 20 Proz. oder 33 1/3 Proz. abgeliefert werden. Red. v. B.)

Annahme finden ferner die Münchener Anträge auf Aenderung des Statuts bezüglich der rechtlichen Stellung der Mitglieder (analog dem Mainzer Beschluß).

Endlich wird noch beschlossen, den Landesvorstand zu beauftragen, von 1902 ab einen Parteikalendar herauszugeben.

## Partei-Nachrichten.

**Das Versammlungsrecht in Sachsen-Weimar.** Die von Professor Abbe in Jena jüngst durch einen Vortrag so wirkungsvoll verteilte Versammlungsfreiheit scheint nunmehr langsam auch wieder von den Polizeibehörden anerkannt zu werden. Am Freitagabend fand in Weingensena eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Heinrich Schulz aus Erfurt (in der bisher gewohnten Polizeidefinition ein „gewerbetätiger Agitator, der für seine aufreizende Sprechweise hinlänglich bekannt“ ist) einen Vortrag über das Thema: „Warum müssen wir uns am politischen Leben beteiligen?“ hielt. Das Thema war also staatsgefährlich genug. Trotzdem ist von der Versammlung „eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“ nicht ausgegangen. Die Angst der Polizei ist stets unbegründet.

**Gemeindevahlen.** In Dresden beteiligten sich unsere Genossen nach längerer Pause wieder einmal an den Gemeindevahlen; sie erlangten zwar etwa 900 Stimmen, doppelt so viel wie früher, haben aber danach noch lange keine Aussicht, einen Vertreter in das Stadtverordneten-Kollegium zu bringen. Ein Vauspulsant Hartwig, der in Vausachen keine Moral kennt, ist der Dresdener Bevölkerung lieber, wie ein ehrlicher Vertreter der Volksinteressen.

In den sächsischen Ortschaften Wüstenbrand und Göppersdorf wurden ein bezw. drei Socialdemokraten gewählt und in Pausa zwei.

In Würzburgerlag (Steiermark) errangen unsere Genossen bei erstmaliger Beteiligung sofort drei Mandate.

## Eine Kreiskonferenz des Wahlkreises Zeltow-Weeslow-Charlottenburg

tagte am Sonntag im Gewerkschaftshause. Anwesend waren 57 Delegierte aus 21 Orten. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Centralisation der Wahl- und Bildungsbereine des Kreises. Hierzu lag ein von einer Kommission ausgearbeiteter Statutenentwurf vor, den Genosse Ju deil begründete. Dann wurden die einzelnen Paragraphen des Entwurfs nacheinander diskutiert. Die wesentlichsten Bestimmungen des angenommenen Statuts sind folgende: § 1. Alle im Reichstags-Wahlkreise Zeltow-Weeslow-Storlow-Charlottenburg bestehenden Arbeiter- u. c. Vereine bilden einen über den ganzen Wahlkreis sich erstreckenden Central-Wahlverein unter dem Namen: Socialdemokratischer Central-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Zeltow-Weeslow-Storlow-Charlottenburg. § 2. Der Verein ist der Sitz des Centralvorstands. — Nach § 3 besteht der Central-Vorstand aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, einem Kassier, einem Schriftführer und einem Beisitzer, der zugleich als Kreis-Vertrauensmann fungiert. — Nach § 4 wird der Central-Vorstand durch 3 Revisoren kontrolliert, die alle Beschwerden über den Vorstand entgegenzunehmen haben und auch mit diesem zusammen das Schiedsgericht bei parteischwebigen Streitigkeiten in den einzelnen Orten bilden. — § 5 sagt: Die den Centralverein bildenden Vereine führen den Namen: „Socialdemokratischer Wahlverein für... (Name des Orts).“ — § 6 bestimmt: Die Wahlvereine übernehmen die Parteigeschäfte ihres Orts und teilen den letzteren in Bezirke ein, denen ein vom Vorstande zu ernennender Bezirksführer vorsteht. Diese haben Unterbezirke mit je einem Odman zu bilden, der Hilfskräfte für die Partei-Arbeiten heranzuziehen hat. § 10 sagt: In Orten, wo die Bildung eines Wahlvereins nicht angängig ist, ernimmt der Centralvorstand Vertre-

ganmler, die den Verkehr mit den Genossen des Orts zu pflegen haben. — Zu den Generalversammlungen des Centralvereins entsendet laut § 11 jeder Ort, in dem ein Wahlverein besteht oder Parteitagssammler ernannt sind, bis zu drei Delegierten. Nach § 13 haben der Centralvorstand, die Vertreter der Presse, Agitations- und Lokalkommission, sowie die Revisoren alljährlich in einer Generalversammlung Bericht zu erstatten und sind neu zu wählen. — Der Centralvorstand hat nach § 15 alle gemeinsamen Unkosten zu bestreiten. Die lokalen Wahlvereine sowie Parteitagssammler dürfen ein Drittel ihrer Gesamteinnahme für örtliche Centralvorstand abführen. — Der Centralvorstand giebt an den lokalen Vorstände und Parteitagssammler Vons a 10 Pf. aus, die zur Erhöhung der Einnahmen zu verwenden sind. — Der Centralvorstand gewährt Rechtshilfe in solchen Fällen, wo Mitglieder wegen ihrer Parteithätigkeit unter Anklage gestellt sind. — Nachdem die Statutenberatung erledigt war, wurde Charlottenburg als Sitz des Centralvorstands bestimmt und provisorisch in denselben gewählt: Görtz erster, Dr. Vorchardt zweiter Vorsitzender, Dirsch Schriftführer, Eberhard Kassierer, Schnell Beisitzer und Kreis-Vertrauensmann. — Die Neuorganisation soll am 1. Januar in Kraft treten.

Um auch den Frauen die Teilnahme an den Parteigeschäften zu ermöglichen, beantragte Zubeil folgende Resolution, die gegen zwei Stimmen angenommen wurde: „Delegationen zu Partei-, Provinzial- und Arbeiterkongressen dürfen nicht in Generalversammlungen des Central-Wahlvereins vorgenommen werden, sondern nur von öffentlichen Kreiskonferenzen, zu denen jeder Ort bis drei Delegierte in öffentlichen Partei-Versammlungen zu wählen hat.“

Nunmehr erstattete der bisherige Kreisvertrauensmann Eberhard den Geschäfts- und Kassenbericht: Im abgelaufenen Jahre fanden 3 Kreiskonferenzen statt und 8 Agitations-touren, bei denen 76 000 Broschüren, 40 000 Kalender und mehrere Tausend polnische Flugschriften und Zeitungen verteilt worden sind. Die Gesamt-Einnahmen beliefen sich auf 13 613,37 M., die Ausgaben auf 9040,09 M., der Bestand beträgt 4573,28 M. Von dieser Summe wurden auf Beschluß der Konferenz nach dem Vertrauensmann Decharge erteilt worden war, 1000 M. an den Parteivorstand und 500 M. an die Agitationskommission überwiesen.

Hierauf erstatteten die Vertreter der Presse, der Agitations- und der Lokalkommission Berichte über ihre Thätigkeit, die zu keiner erheblichen Diskussion führten. Die Vertreter der genannten Körperschaften wurden bis zur Generalversammlung des Central-Wahlvereins in ihren Kreisen belassen.

## Gewerkschaftliches.

### Deutsches Reich.

**Der Leipziger Töpferstreik** ist im Niedergang begriffen. Das neue Arbeitsnachweis-Statut ist von einer Reihe der größeren Firmen anerkannt worden; die Zimung hatte es abgelehnt. Die Zahl der Streikenden hat sich in den letzten Tagen um 60 vermindert. Weitere Bewilligungen von Reisern werden erwartet.

**Der Streik in Weiskau** dauert unverändert fort. Es sind seitens der Streikkommission mehrfach Versuche zur Unterhandlung gemacht worden, doch ohne jeden Erfolg. Arbeitswillige aus den Reihen der Streikenden sind bisher nur etwa 11 Mann zu verzeichnen. Die Direktion des Werks macht freilich alle möglichen Versuche, von außerhalb Arbeitswillige heranzuziehen. Daß das Unternehmertum dabei die denkbar größte Hilfe leistet, ist selbstredend. Doch auch die Arbeiter sind nicht lässig, so daß es gelungen ist, die weitest größte Zahl der Zupereisten abzuschieben. Die Wägerschaft sympathisiert mit den Streikenden, was freilich nur zu erklären ist, denn wenn diese Lohnzüge bestehen bleiben sollen, wird die Kaufkraft der Arbeiter demnach geschwächt, daß die sämtlichen Geschäftsleute schwer darunter leiden würden. Wie groß diese Sympathien der Wägerschaft sind, beweist der Umstand, daß am vergangenen Sonntag ein Wohlthätigkeits-Konzert zu Gunsten der Familien der streikenden Arbeiter veranstaltet wurde. Noch eine andre Kuriosität ist zu berichten. Am Sonnabend fand eine Versammlung der Arbeitswilligen, von der Direktion einberufen, statt. Vorher tagte eine Versammlung der Streikenden. In derselben wurde beschlossen, mit 340 gegen 11 Stimmen, bei 8 Stimmenthaltungen, den Streik fortzusetzen. Die Versammlung der Arbeitswilligen sah dagegen recht traurig aus! Diese Elemente, junge Wägers, sind nicht nur nicht leistungsfähig bei der Arbeit, sondern auch zweifellos in Unkenntnis über das Verwerfliche ihrer Handlungsweise.

**Achtung Schuhmacher!** Nach uns zugegangenen Mitteilungen aus München ist in der dortigen Schuhwarenfabrik von B. Wenz wegen Lohnreduktionen ein Streik ausgebrochen. Der Fabrikant soll nach Berlin oder Hamburg gereist sein, um Arbeitswillige anzuwerben. Wir eruchen die Kollegen, den Zuzug nach München fernzuhalten und diese Mitteilung in den weitesten Kreisen der in Schuhwaren-Fabriken thätigen Kollegen bekannt zu geben.

### Ausland.

**Internationale Solidarität.** Im Streik der Epigamweber in Calais ist eine Aenderung noch nicht eingetreten. Dieser Tage war eine große Versammlung, in welcher der Führer der englischen Textilarbeiter, David Holmes, anwesend war und den Streikenden 10 000 Fr. als erste Rate überbrachte. Das englische Parlamentarische Komitee hat beschlossen, den Streikenden möglichst unter die Arme zu greifen; es hat eine centrale Sammelstelle errichtet, an welche die englischen Trade Unions ihre Unterstützungsgelder für Calais einsenden. Der Mut der Ausländer ist durch diese Stellungnahme der englischen Arbeiter begreiflicherweise sehr gehoben.

## Sociales.

**Zum Krankenversicherungs-Gesetz** hat das sächsische Landes-Medizinalkollegium in seiner letzten Plenarversammlung beschlossen, zu verlangen, daß als ärztliche Behandlung im Sinne des Gesetzes nur die Behandlung durch approbierte Ärzte gelten soll. Ein Antrag, die Versammlung wolle sich für Einführung der freien Arztwahl erklären, ward gegen 5 Stimmen abgelehnt. Doch soll die sächsische Regierung ersucht werden, dahin zu wirken, daß in Zukunft die Anstellung der Krankenärzte im Endernehmen mit der Aufsichtsbehörde und der ärztlichen Ständesvertretung zu erfolgen habe. Die Frage, ob es sich empfiehlt, daß die Kassen die vollen Unterstützungen auch bei Krankheiten, die durch geschlechtliche Ausschweifungen entstanden sind, gewähren, wurde bejaht.

**Englands Kohlenlager.** Wie es mit den Kohlenbeständen Englands und Schottlands bestellt ist, geht aus einer Rede hervor, die Mr. J. A. Longden im Mai 1899 in der Institution of mining Engineers in London hielt, in der er erklärte, daß die durchschnittliche Tiefe, aus welcher im Jahre 1874 die Steinkohle in Schottland zu Tage gefördert wurde, 420 Fuß betrug; im Jahre 1892 war diese Tiefe bereits 590 Fuß. Es hatte also in 18 Jahren eine Zunahme der Tiefe um etwa 88 Proz. stattgefunden. Schottland verbraucht gegenwärtig ungefähr 80 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahre, wovon es mehr als die Hälfte, nämlich 16 Millionen Tonnen aus den Kohlenfeldern von Lanarkshire bezieht. Herr R. T. Moore in Glasgow berechnet, daß im Jahre 1893 schon 608 Millionen Tonnen abgebaut waren und daß nur noch 265 Millionen Tonnen übrig bleiben. Seitdem ist der letztere Vorrat bereits um 70 Millionen Tonnen verringert worden, so daß nur noch etwa 200 Millionen Tonnen zu fördern sind. Dieser Rest würde aber, wenn der gegenwärtige Verbrauch anhält, in etwa 12 Jahren erschöpft sein. Herr Moore stellt fest, daß nach Erschöpfung der oberen Lager von Lanarkshire man in Schottland keine billige Steinkohle mehr würde erhalten können. Dann werden die Engländer, die jetzt noch so viel Kohle exportieren, in die Konkurrenz der Amerikaner gehen müssen.

# Aus der Frauenbewegung.

## Südafrikanische Frauen gegen die Kriegsgreuel.

Wie uns aus Kapstadt vom 11. November geschrieben wird, veranstalteten die Frauen der Kapkolonie eine großartige Demonstration gegen die mordbrennerische Kriegsführung der Engländer in Südafrika wie gegen den südafrikanischen Krieg überhaupt. Mehr als 1500 Frauen holländischer, deutscher und englischer Abstammung versammelten sich unter dem Vorhange der Frau Moos aus Kapstadt dortselbst und lasen folgende Beschlüsse:

**Erster Beschluß.** Beantwagt von Frau Koopmans, unterschrieben von Frau van Molteno.

Diese Versammlung südafrikanischer Frauen erhebt in feierlicher Weise Protest gegen die Gefangennahme und Deportation schuldloser Frauen und Kinder ohne jegliche vorhergehende Untersuchungen, eine Handlungswiese, die in direktem Widerspruch mit den Gesetzen und Gebräuchen moderner Kriegsführung steht.

**Zweiter Beschluß.** Beantwagt von Frau A. D. de Villiers, unterschrieben von Frau J. W. Sauer und Frau de Beer.

Diese Versammlung erhebt in feierlicher Weise Protest gegen das Niederbrennen, Plündern und Zerstören privaten Eigentums, wodurch Frauen und Kinder obdachlos und dem Elend preisgegeben werden. Diese Handlungswiese widerspricht der Hoager Konferenz, deren Beschlüsse von England unterschrieben und unterschrieben sind.

**Dritter Beschluß.** Beantwagt von Frau A. J. Stehler, unterschrieben von Frau van Velden und Frau van Green.

Diese Versammlung verlangt von neuem, daß diesem ungerechten Kriege ein Ende gesetzt werde und daß die beiden Republiken ihre unbeschränkte Unabhängigkeit behalten. Hierdurch allein kann ein bleibender Frieden in Südafrika hergestellt werden.

**Vierter Beschluß.** Beantwagt von Frau Makan, unterschrieben von Frau du Plessis.

Diese Versammlung beschließt, obige Beschlüsse möglichst weit durch die ganze zivilisierte Welt zu verbreiten.

Der Versammlung waren Sympathie-Erklärungen und Begrüßungs-Telegramme aus allen Teilen der Kapkolonie zugegangen.

**Verein Frauen und Mädchen Schönebergs** hält am 12. Dezember, abends 9 1/2 Uhr, im Klubhaus Hauptstraße 5 und 6, seine regelmäßige Versammlung ab. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Vorstand.

## Kommunales.

**Stadt-Schulrat Dr. Fürstenau** hat nun offiziell seine Verlegung in den Aufbruch zum 1. April 1901 bei dem Magistrat nachgeholt. Schulrat Fürstenau begann am 8. Juni 1847 seine Lehrtätigkeit, fungierte an verschiedenen Gymnasien als Oberlehrer, wurde am 8. Februar 1878 zum Direktor des Real-Gymnasiums in Wiesbaden ernannt, und am 22. November 1878 zum Provinzial-Schulrat der Provinz Brandenburg in Berlin befördert. Aus dieser Stelle schied er infolge seiner Wahl zum Stadt-Schulrat für das höhere Schulwesen am 24. Mai 1882 aus. Dr. Fürstenau steht jetzt im 75. Lebensjahre.

**Der Magistrat hat** abermals eine glänzende Probe seines sozialreformerischen Talents abgelegt. Dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 6. Dezember, den Tagelohn der Hilfsarbeiter bei der Streifenreinigung auf 2,80 M. zu erhöhen, ist der Magistrat nicht beigetreten. Die Zustimmung wurde darum nicht ausgesprochen, weil die ständigen Arbeiter einen Tagelohn von 2,75 M. beziehen und es nicht angängig erscheint, die anzunehmenden Hilfskräfte höher oder ebenso hoch wie ständige Arbeiter zu lohnen. Andererseits ist eine Erhöhung der Löhne dieser Arbeiter im nächsten Etat in Aussicht genommen und es wird vorgeschlagen, den Hilfsarbeitern 2,80 M. Tagelohn zu zahlen. — Wertwändig, daß die Sorge um die Gerechtigkeit den Magistrat namentlich da packt, wo es sich um Lohnerhöhungen handelt.

**Der Magistrat hat** beschlossen, aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Berliner Feuerwehrrückversicherung am 1. Juni 1901 stattfindenden internationalen Ausstellung für Feuer- und Feuerretterwesen insofern zu beteiligen, als die Stadt für die Berliner Feuerwehrrückversicherung die Miete mit 4500 M. zu der künstlichen Gruppierung 1000 M., vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung, zur Verfügung stellt.

**Stadtschulrat und Prügelmesser.** Der Stadtschulrat beschloß in seiner letzten Sitzung zum erstenmal mit einer Verwaltungskommission aus dem Gebiet des Lehrlingswesens. Ein hiesiger Gewerbetreibender war vom Schöffengericht mit einer Geldstrafe belegt worden, weil er durch wiederholte übermäßige Prüchungen seines Lehrlings die gesetzlichen Pflichten gegen den ihm anvertrauten Lehrling verletzt habe. Auf Grund dessen entzog nach § 129a der Gewerbe-Ordnung die untere Verwaltungsbehörde, die Gewerbe-Deputation des Magistrats, dem Gewerbetreibenden auf die Dauer eines Jahres die Befugnis zum Halten und Anleiten von Lehrlingen. Hiergegen erhob der Meister Klage im Verwaltungsstreitverfahren und behauptete, das ihm zuteilgewordene Prüchungsgericht nicht überschritten zu haben. Der Stadtschulrat wies auf Grund der im Strafverfahren getroffenen Feststellungen die Klage kostenpflichtig ab.

## Gerihts-Beitung.

**Unter der Anklage,** die preussische Heeresverwaltung und die höheren preussischen Offiziere beleidigt zu haben, stand gestern unter Parteigenosse Morawski vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat hier die Nr. 5 der in polnischer Sprache abgedruckten Broschüre „Latentia“, die in Breslau erscheint, vorgelesen. In dieser Broschüre befindet sich ein gegen die stehenden Heere gerichteter Artikel unter der Überschrift „Fort mit dem Militarismus!“ Die Tendenz geht dahin, die Schäden des Militarismus und die Vorzüge des Milizsystems hervorzuheben. Die Abhandlung ist in der Form einer Interpellation gehalten, die ein österreichischer Abgeordneter im Reichsrat an einen Minister richtet, die Betrachtungen greifen in einzelnen Punkten, beispielsweise bei der Betrachtung der Selbstmorde in der Armee, bei der Schilderung des Drills, der militärischen Pädagogik, der Anlagen und der Leistungsfähigkeit der höheren Offiziere usw. auch auf deutsche und preussische Verhältnisse hinüber und der Staatsanwalt hält diese Stellen für beleidigend für die preussische Heeresverwaltung und die höheren preussischen Offiziere. Der Angeklagte bestritt, daß die ganz allgemein gehaltenen Betrachtungen über den Militarismus auf preussische Verhältnisse gemünzt seien; aus der Broschüre gehe klar hervor, daß sie sich auf österreichische Zustände beziehen. Der Staatsanwalt beantragte 8 Monat Gefängnis, der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung.

**Aus der Kaserne.** Die „Belehrung“ eines Rekruten ist dem Gefreiten Gorychowski von der 2. Compagnie des 3. Eisenbahn-Regiments, welcher am gestrigen Montag vor dem Kriegsgericht der 2. Garde-Infanterie-Division stand, teuer zu stehen gekommen. Der Angeklagte war bei seiner Compagnie Rekrutenführer und Studienleiter. Am 5. d. M. morgens bemerkte G., der sich allein auf der Stube befand, daß das Spind des Rekruten Wiltner unverschlossen war. Er eignete sich die hieselbst liegende Uhr des Rekruten an und so wäre der Diebstahl nie entdeckt worden, um so mehr, als Wiltner von der Meldung an den Korporalsführer Abstand nahm. Durch Zufall bemerkte der Geschädigte nach etwa 14 Tagen, daß sein Rekrutenführer die Uhr trug. Er selbst aber wagte nicht, den Vorgesetzten hiervon etwas zu sagen, sondern er ersuchte den Justizfänger Gold, einen im zweiten Jahrgang dienenden Soldaten, dieserhalb bei dem G. vorstellig zu werden. Jetzt erst gab der Gefreite die Uhr her. Im gestrigen Termin verurteilte G., dem Gerichtshof glaublich zu machen, daß er die Uhr nur weggewonnen, um den Rekruten an Ordnung zu gewöhnen und blieb auch trotz mehrfachen Vorhaltens des Verhandlungsführers, Kriegsgerichtsrats Hödel, daß dies doch eine ganz unphantastische Ausrede sei, bei

seinem Zeugen. Der Vertreter der Anklagebehörde, Amtsgerichtsrat Evers, beantragte sechs Wochen Mittelarrest und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstands. Der Gerichtshof jedoch ging noch weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte den Angeklagten wegen seiner bodenlosen Verstocktheit und Frechheit zu vier Wochen strengem Arrest und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstands.

## Verfammlungen.

### Der Bund deutscher Bodenreformer

Hielt am Sonnabend im Bürgeraal des Rathauses seine erste Hauptversammlung ab. In seiner Eröffnungsrede betonte der Bundesvorsitzende Herr Damasko mit besonderem Nachdruck, daß das Programm der Bodenreformer in der Vorkonferenz von Klauschou verwickelt sei. Es soll dies — gewiß weiß man es allerdings nicht — auf die Initiative des deutschen Reichers zurückzuführen sein, der die Bestrebungen der Bodenreformer begünstige. Damit kam Herr Damasko zu einem Ausruf. — Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, hielt Herr Fabrikbesitzer Heinrich Freese einen Vortrag über den geschichtlichen Ausgang der Forderungen der Bauhandwerker. Er empfahl eine einstimmig angenommene Resolution, welche im Zwanzwanzigsten Verfahren eine gezielte Abschätzung der Baustelle und des Gebäudes verlangt. Der bei der Zwangsversteigerung erzielte Gesamterlös soll dergestalt verhältnismäßig verteilt werden, daß der auf die Baustelle entfallende Teil des Erlöses den vor Eintragung des Bauvermerks eingetragenen Hypothekengläubigern, dagegen der auf das Gebäude entfallende Teil ausschließlich dem Baugeld-Darlehner und den Baugläubigern zufällt.

Professor Adolf Wagner, der soeben zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt worden war, sprach über das Thema: Wohnungsnot und städtische Bodenfrage. Der Redner kennzeichnete die Bodenfrage als verwerflich. Mit dem extremen Eigentumsbegriff muß gebrochen werden. Das ist nicht Socialismus, es entzieht vielmehr der Socialdemokratie den Boden in viel höherem Maße als andre Maßregeln gegen dieselbe. — Ueber die alte Wohnungsnot sagte der Redner kein Wort, dagegen verlangte er zur Beseitigung des chronischen Mißstands, daß den Gemeinden und den Bauvereinen das Recht der Enteignung des für die von ihnen zu errichtenden Gebäude notwendigen Bodens gestattet werde. Die Gemeinden sollen außerdem die gemeinnützigen Bauvereine unterstützen und das eigene Grundeigentum nach Möglichkeit erhalten und erweitern. Grund- und Gemeindesteuer sollen nach dem sogenannten gemeinen Wert statt nach dem Nutzungswert erhoben werden. Außerdem empfiehlt Redner die Einführung einer Bauplatzsteuer. Alle diese und noch einige weniger bemerkenswerten Forderungen legte Redner in einer Resolution nieder, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. — Zu dem folgenden Punkt der Tagesordnung: Staat oder Gesellschaft in unrennen Kolonien, verlas am Stille des ehemaligen Landeshauptmanns von Deutsch-Südwest-Afrika, Majors v. François, ein Verwandler von ihm. Lieutenant v. François eine von Referenten verfasste Arbeit. Das Referat bezeichnet unsere Kolonien als entwicklungsfähig, hält die Entwicklung aber dadurch für beeinträchtigt, daß Landbesitzer, wie bisher, an Selbstgesellschaften vergeben werden. Es müßten Rechtsnormen geschaffen werden, die ermöglichen, daß die Kolonien ein Siedlungsgebiet werden für deutsche Ueberbauer. Hierauf referierte ein Holländer, Jan Stoffel über die Bodenreform in Holland. Nach den Darstellungen des Redners haben die Bodenreformer in Holland sehr wenig Erfolg gehabt. Redner konnte jedoch mitteilen, daß mit der Nationalisierung des Bodens ein Anfang gemacht sei, indem die Gemeinde Het Bild Grundeigentum angekauft hat, um denselben in kleinen Parzellen an Landarbeiter zur Bewirtschaftung zu überlassen.

**Der Arbeiter-Vertreterverein** hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, zu der auch der Gewerkschaftsausschuß sowie die Mitglieder der Gewerkschaftskommission eingeladen und zahlreich erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand die Frage, ob und in welcher Weise ein Arbeitersekretariat in Berlin zu errichten sei. Den einleitenden Vortrag zu diesem Punkt hielt der Nürnberger Arbeitersekretär Reichsgerichts-Abgeordneter Segig. Redner schildert eingehend die Tätigkeit der Arbeitersekretariate und empfahl dann die Errichtung einer Centralstelle für Deutschland. Diese hätte den jüngeren, noch nicht eingetragenen Instituten mit Rat an die Hand zu gehen, sie hätte sie von anwärts an das Reichsversicherungsamt eingehenden Klagen zu prüfen, ansichtslose Sachen zurückzuweisen, bei den Erfolg versprechenden Klagen etwa notwendige Verbesserungen an der Begründung etc. vorzunehmen, vor allen Dingen aber müßte die Centralstelle die mündliche Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt übernehmen. Gerade das ist von der größten Wichtigkeit, denn nicht selten treten in der Verhandlung neue Momente hervor, die zu Gunsten des Klägers ausgenutzt werden könnten, wenn ihm ein sachkundiger Vertreter zur Seite stände. Unbedingt notwendig wäre ferner erste ein Beamter, der diese mündliche Vertretung übernimmt. Daneben wäre eine zweite Person für die Bureau-Arbeiten nötig. Vielleicht könnte auch von vornherein für einen ärztlichen Beirat gesorgt werden. Die Kosten für die ganze Einrichtung veranschlagt der Redner auf eine einmalige Ausgabe von etwa 1800 M. für Beschaffung der notwendigen Utensilien, Bibliothek etc. und auf eine fortlaufende Ausgabe von rund 10 000 M. jährlich. Zur Deckung dieser Kosten wären heranzuziehen: Mit einem Drittel die örtlichen Arbeitersekretariate. Das zweite Drittel könnte recht wohl die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands aufbringen, und für das letzte Drittel hätten die Berliner zu sorgen, wenn ihnen auch diese Einrichtung nicht unmittelbar nützlich würde. Wollten die Berliner Arbeiter selber Nutzen von dieser Einrichtung haben, dann bliebe ihnen nichts übrig, als noch einen besonderen Beamten für die Erledigung der Berliner Angelegenheiten anzustellen.

Vielleicht würden diese Vorschläge, wie alle neuen Einrichtungen, bei manchen auf Widerspruch stoßen, dann gelte es, die Widerstrebenden allmählich zu gewinnen. Diese außerordentlich wichtige Sache müßte geprüft und ihre Verwirklichung endlich in die Hand genommen werden.

An den Vortrag schloß sich eine längere Aussprache. In der Hauptsache waren alle Redner mit den Vorschlägen des Genossen Segig einverstanden. Nur über die Art der Einrichtung und die Kostendeckung gingen die Ansichten etwas auseinander. Unter anderem bemerkte Körster, der angeregte Gedanke sei auch für Berlin nicht neu, und wenn er bisher nicht verwirklicht worden sei, so liege das daran, daß das Reichsversicherungsamt wohl die Vertreter der Berufsvereine zuleh, gegen die Vertreter der Arbeiter aber große Abneigung zeige. In dieser Hinsicht scheine es aber in der letzten Zeit besser geworden zu sein.

Simanowski stimmte dem zu und sagte, der Präsident des Reichsversicherungsamts habe auf eine dahingehende Anfrage erwidert: Die Senats-Vorsitzenden würden nicht gegen einen Vertreter der Arbeiter bei den mündlichen Verhandlungen einwenden, wenn derselbe eine Person sei, der streng sachlich verhandelt könne. Dähne meinte, die Errichtung der geplanten Centralstelle sei ohne Frage notwendig. Unsere Presse, und besonders der „Vorwärts“, bringe von den Entscheidungen der Schiedsgerichte gar nichts und von denen des Reichsversicherungsamts sehr wenig. Demgegenüber bemerkte Wolderich, nach Lage der Verhältnisse könne sich der „Vorwärts“ nicht eingehender mit diesen Dingen beschäftigen. Im übrigen sei Redner der Ansicht, daß der hier angeregte Gedanke bei den Arbeitern mit der Zeit immer größere Sympathie finden werde. Hoffmann äußerte Bedenken gegen die Einrichtung der mündlichen Vertretung, denn dieselbe könnte doch hinweggesetzt werden, sobald es dem jeweiligen Präsidenten des Reichsversicherungsamts beliebt, und dann wären die Kosten vergebens aufgewandt. Dagegen meinte Körster: Selbst wenn man fürchte, die Einrichtung könne durch eine höhere Instanz hinweggesetzt werden, dann dürfe es auf

die aufgewandten Kosten nicht ankommen. Es wäre eine große Sünde, wenn wir jetzt nicht mit dieser Einrichtung vorgehen würden, wo uns das Zugeständnis des Präsidenten gemacht worden ist.

Nach Schluß der Diskussion wurde ein Antrag angenommen, der dem Vorstand des Arbeitervertreter-Vereins den Auftrag erteilt, in Verbindung mit der Gewerkschaftskommission die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu thun.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Besprechung der Wahlen zu den Schiedsgerichten, wurde durch einen Beschluß erledigt, der dem Vorstand ermächtigt, Vorschläge für die Kandidaturen von den Gewerkschaften entgegenzunehmen. Hierauf erledigte die Versammlung verschiedene geschäftliche Angelegenheiten. Zum Schluß teilte Huhnrich mit, daß ein Teil der Vereinsmitglieder der von der Holz-Verbandsvereinschaft eingerichteten Heilstätte in Neu-Nahndorf am Vahlag einen Besuch abstatten wollten, daß die Besucher aber unverständlicher Weise wieder umkehren müßten, weil ihnen der Eintritt in die Anstalt nicht gestattet worden ist. Es sei dies das erste Mal, daß dem Arbeitervertreter-Verein eine solche Zurückweisung zu teil wurde, und müsse dieselbe entschieden gemißbilligt werden.

**Mit dem Streit im Friedrich-Wilhelm-Bühnen-Theater** beschäftigte sich am Freitag eine Versammlung der Bühnenarbeiter. Die Streikenden fordern an Stelle des bisherigen Monatsgehalts von 60 M. jetzt 100 M., außerdem 50 Pf. pro Ueberlunde und jede Woche einen freien Tag. Herr Direktor Friese lehnte jede Verhandlung ab. Als die Streikenden am 1. d. M. den rückständigen Lohn abheben wollten, wurden sie schon vom Portier zurückgehalten und auf den Klageweg verwiesen. Die Versammlung beschloß, dem Ausständigen pro Woche 15 M. Streikgeld zu gewähren, außerdem für jedes Kind 1 M. extra.

**Centralverein der Bildhauer Deutschlands.** Verwaltung Berlin. Heute (Dienstag), abends 9 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Angelufer 15, Vortrag des Herrn Direktor Dr. P. Jellen vom Kunstgewerbemuseum: „Gedanken über die Bildhauerkunst nach der Pariser Weltausstellung.“

## China.

### Die Ueberreichung der Kollektivnote

Soll nach einer Shanghai Meldung bereits am 9. Dezember stattgefunden haben. Demgegenüber wird vom gleichen Tag aus Peking gemeldet:

Alle Gesandten mit Ausnahme des englischen, haben Instruktionen ihrer Regierungen erhalten, in welchen der in der letzten Zusammenkunft festgestellten gemeinsamen Note zugestimmt wird. Wahrscheinlich werden die Gesandten Dienstag wieder zusammenkommen, falls bis dahin der englische Gesandte die Instruktion erhalten hat, die gemeinsame Note zu unterzeichnen. Bis dann werde wohl sofort der Verkehr mit den chinesischen Bevollmächtigten eröffnet werden.

### Vom chinesischen Hofe.

Prinz Tching äußerte, der Kaiser Kwang-sai sei bereit, nach Peking zurückzukehren, sobald er gewiß sei, daß die Verhandlungen ihm mit Würde und in Sicherheit dahin zurückzukommen gestalten. Die Entfernung Lungshung vom Oberbefehl über die Truppen, die die Umgehung des Hofes bilden, wird von den Gesandten als ein bedeutungsvoller Schritt angesehen, der den Wunsch der Regierung beweist, sich mit den Gesandten zu verständigen.

Den „Times“ wird aus Peking vom 6. d. M. gemeldet, nach der Versicherung eines bekannten chinesischen Beamten begimme die Kaiserin Witwe sich die ernste Gefahr klar zu machen, welche dem Hofe und dem Reiche drohe, wenn sie nicht schleunig eine entgegenkommende Haltung einnehme und die fremden Mächte zu versöhnen strebe. Das Edikt, durch welches Lungshung degradirt wurde, sei auf die lebhafteste Beunruhigung zurückzuführen, in die die Kaiserin durch Denkschriften der Hanst- und Bickönige verlegt wurde, welche ihr mitteilten, daß durch die Expeditionen den Hanst- und die Hanst-Flüsse hinauf dem Hofe die Zufuhren abgeschnitten werden sollen. Der erwähnte chinesische Beamte meint, der Hof sei bereit, Zehntausend zum Schanden zu machen und dessen Hinrichtung könne jeden Tag erfolgen; von der Rückkehr Lungshungs nach Kanu und der, wie es heißt, in dem Edikt gleichfalls angedrohten Auflösung eines 5500 Mann starken Teils seiner Mohamedaner-Truppe befürchtet er ein Anwachsen der stets vorhandenen Gefahr eines Mohamedaner-Aufstands in China.

### Militärischer Rapport Wassersee.

Feldmarschall Graf Waldersee meldet unter dem 8. d. M.: Zhang ist am 4. ohne Widerstand besetzt, da Chinesen zur rechten Zeit nach Sibost abgezogen. Kolonnen Rohrheit und Falkenhahn kehren nach Tientsin zurück. Große Kälte macht bald Schließung der Rhede Taku wahrscheinlich.

### Aus der Mandchurei.

In einem Petersburger Generalstabsbericht vom 8. Dezember wird mitgeteilt:

Am 7. d. M. sind die Festungsmauern von Jandlogengy von den russischen Truppen zerstört worden. Eine Compagnie des 20. ostsibirischen Schützen-Regiments hatte am 5. d. M. ein Gefecht in der Nähe von Jansamung mit dem Feinde, der große Verluste erlitt. Auf russischer Seite 2 Schützen, 1 Kosak und 1 Offizier tot. Eine Abteilung, welche die Lungshungsbanden nordwärts von Tieling vertreiben sollte, begegnete 33 Werst von dieser Stadt einer Bande von 800 Mann, welche sich bei einem besetzten Dorfe verschanzt hatten. Die Verschanzungen wurden von zwei Compagnien gestürmt und ein Angriff der Chinesen zurückgeschlagen. Bei Tagesanbruch flohen die Chinesen; die Russen erbeuteten zwei Geschütze und eine Anzahl Gewehre. Russischerseits keine Verluste.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Alldeutschen bei Krüger.

**Gnaag, 10. Dezember.** (W. Z. B.) Präsident Krüger empfing heute eine Deputation des Alldeutschen Verbandes unter Führung des Professors Dr. Hase, der Krüger eine Adresse und eine Krone aus Edelweiß überreichte. Der Präsident sprach seinen Dank für die ihm von den deutschen Stammesgenossen bekundete Sympathie aus. Auch eine Abordnung des Centralkomitees des niederländischen Vereins vom Roten Kreuz wurde vom Präsidenten empfangen. Krüger stattierte später dem Minister des Aeußern de Oeunfort im Ministerium einen Besuch ab.

### Aus dem englischen Unterhause.

**London, 10. Dezember.** (W. Z. B.) Barthley (Konf.) bringt bei der Redebehalte einen Zusatzantrag ein, in welchem dem Beduener darüber Ausdruck gegeben wird, daß so viele Mitglieder der Familie Salisbury in dem jetzigen Ministerium Kreter erhalten hätten, da dies sich mit den Interessen des öffentlichen Dienstes nicht vereinbaren lasse. Der erste Lord des Schatzes, Balfour, erwiderte, es sei nur ein Mitglied der Familie Salisbury in dem jetzigen Ministerium, welcher nicht in dem vorhergehenden war. Das Land habe viernach Salisbury mit der Aufgabe betraut, die Regierung zusammenzusetzen. Dies zeige, daß das Land Vertrauen zu der Fähigkeit Salisbury habe, diese verantwortungsvolle Aufgabe durchzuführen. Der Zusatzantrag wird demnach mit 220 gegen 128 Stimmen verworfen.

**Bremen, 10. Dezember.** (W. Z. B.) Die Rettungsstation Mellneragen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert am 10. Dezember: Von dem deutschen Seileichter „Correspondent“, Kapitän Meyer-Lert, von Jensburg nach Nemeel bestimmt, fünf Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

16. Sitzung. Montag, den 10. Dezember 1900, 2 Uhr. Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bülow, Freiherr v. Thielmann, Graf Posadowsky, v. Goltz, v. Tzipke.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats für 1901.

Staatssekretär des Reichsschatzamtis Hr. v. Thielmann:

Vor zwei Jahren und im vergangenen Jahre, als ich die Uebersicht über die Reichseinnahmen und Ausgaben zu geben hatte, wurde ich gefragt, ob der Aufschwung fortbauere oder ob bereits der Zeitpunkt des Niedergangs erschienen sei. Ich erklärte damals, daß, wenn auch an eine unbegrenzte Dauer des Aufschwungs nicht zu denken sei, doch sicher angenommen werden könnte, daß wir uns noch in einer Periode befinden, in der zwar weitere Steigerung nicht zu erwarten sei, aber auch kein besonderer Niedergang. Zwischen ist aber im Sommer dieses Jahres der Umschwung gekommen. Eine Reihe von Jahren werden wir damit rechnen müssen, daß der Aufschwung zurückgehen wird, um einer notwendigen Stimmung Platz zu machen. An den Reichsfinanzen kann ein solcher Umschwung nicht unmittelbar vorübergehen. Wir hatten fast ein halbes Jahrzehnt immer Mehreinnahmen zu verzeichnen gehabt. Jetzt ist es anders auf einigen Gebieten des Reichshandelsverkehrs. Ich hoffe jedoch, daß der Ausfall keinen großen Umfang einnehmen wird, denn der Umschwung hat sich nicht so schlimm vollzogen wie früher. Ehe ich auf das eigentliche Thema des heutigen Tages übergehe, möchte ich noch einige allgemeine Bemerkungen machen, die schon im Schoße Ihrer Budgetkommission am Dienstag erörtert sind, von denen ich aber möchte, daß sie auch an das Ohr des hohen Hauses gelangen. Es ist die Frage der Betriebsmittel des Reichs. Die Reichshauptkasse besitzt keine erheblichen Betriebskapitalien. Die Summe der Bestände ist nicht entfernt so groß, als daß damit dem laufenden Dienst genügt werden könnte. Der laufende Dienst wird ganz erheblich beeinflusst durch die Anforderungen, welche die Versicherungsgesetze an die Reichsfinanzen in Gestalt von Vorkäufen stellen. Diese Vorkäufe sind sehr erheblich und haben im verfloffenen Jahre über 100 Millionen betragen und die Zeit ist nicht mehr fern, wo sie sich vielleicht auf 150 Millionen stellen werden. Im Interesse einer gesunden Finanzwirtschaft können solche Zustände auf die Dauer nicht ertragen werden und Abhilfe ist daher dringend notwendig. Es sind schon verschiedene Vorschläge gemacht worden, das Betriebskapital zu vergrößern. Es geschah dies zuerst in Gestalt eines Gesetzes, welches nicht Ihren Beifall fand. Es geschah sodann im Wege einer Zusatzbestimmung in der Versicherungsnovelle der verfloffenen Session. Aber auch dieser Vorschlag fand nicht Ihre Billigung. Ein dritter, allerdings in seiner Tragweite sehr beschränkter Antrag, der aus diesem hohen Hause kam, wurde endlich zum Gesetz erhoben und es werden diejenigen Mehrerträge, welche die Erhöhung gewisser Stempelabgaben im Lauf des Jahres dem Reichschatz bringen wird, in Form einer Erhöhung des Betriebskapitals der Reichshauptkasse zuzuführen. Die Initiative des hohen Hauses ist sehr dankenswert, freilich wird die Summe des Zuschusses gerade mit Rücksicht auf den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse keine erhebliche sein. Wenn wir in den letzten Jahren trotz dieses Mangels ohne große Schwierigkeiten durchgekommen sind, so liegt das daran, daß jedes Jahr sehr erfreuliche Ueberschüsse aus anderen Elementen vorhanden gewesen sind; und dieser Zustand hat jetzt aufgehört.

Wir werden jetzt mit Fehlbeiträgen rechnen werden, deshalb mußte ich diesen Punkt heute berühren. Wenn ich nun zu der üblichen Uebersicht über den Etat des verfloffenen, des laufenden und des kommenden Jahres übergehe, so kann ich mich kurz fassen. Die Verhältnisse des verfloffenen Jahres sind bereits in den letzten Wochen hier mehrfach besprochen worden. Ich will mich auf einige Hauptziffern beschränken. Bei den Reichseinnahmen ergab sich ein Ueberschuss von etwa 82 1/2 Millionen. Dieser entspricht genau der Schätzung, die ich vor einem Jahre machte. Die Ueberschüsse der Steuern ergaben im verfloffenen Jahre 1899 einen Mehrertrag von rund 81 Millionen und zwar Zölle und Tabaksteuern etwas über 19 Millionen, Branntweinverbrauchs-Abgaben über 7 Millionen, Stempelabgaben über 4 Millionen. Allein von diesem Ueberschuss von 81 Millionen ist den Bundesstaaten so gut wie nichts zugestrichen, denn mehr als 30 Millionen mußten auf Grund des Schuldenstilgungs-Gesetzes von 1897, der ersten lex Lieber, verwendet werden zur Deckung der Anleihe, die für einmalige Ausgaben aus der Werdung der Heeresorganisation gemacht wurde. Es sind also nur wenig mehr als 100 000 M. übrig geblieben. Ich komme zu den Ausgaben und Einnahmen des laufenden Jahres. Bei drei Verwaltungen werden im laufenden Jahre voraussichtlich Mehrausgaben zu erwarten sein, im Auswärtigen Amt, im Reichsamt des Innern und in der Reichs-Marineverwaltung. Diese Mehrausgaben betragen ungefähr 8 Millionen und werden hauptsächlich verursacht durch Ausgaben der Alters- und Invalidenversicherung, 1 1/2 Millionen, und des Schiffbauwesens der kaiserlichen Marine, 5 1/2 Millionen. Die letzte Summe zerfällt aber in zwei Teile von ungleicher wirtschaftlicher Bedeutung. Sie entstanden dadurch, daß Schiffsbauten schneller gefördert worden sind. Die übrigen 2 1/2 Millionen fallen auf höhere Kosten fertiggestellter Schiffe. Der eigentliche Verlust für das Reich beträgt also nur 2 1/2 Millionen Mark. Mehrausgaben sind schließlich auch zu erwarten auf dem Gebiet der Heeresverwaltung. Ich gehe über zu den Einnahmen. Es sind bei einer Stempelsteuer ca. 15 Millionen Mehreinnahme zu erwarten. Die Zuckersteuer ist erheblich gestiegen, von 105 Millionen auf 121 Millionen. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Salz- und Brausteuer werden voraussichtlich 1 1/2 Millionen, Beschäftigtensteuer voraussichtlich 1 1/2, Vorkaufsteuer 1/4, die Reichs-Eisenbahnverwaltung eine Million Ueberschuss ergeben. Das ist ja ganz erfreulich; aber bei der Reichspost werden wir mit einem sehr starken Minderüberschuss zu rechnen haben, der sich auf rund 80 Millionen beläuft. Hierdurch werden fast alle Mehreinnahmen aus den einzelnen Steuern verschlungen. Die Hälfte dieser 80 Millionen einmaliger Ausfall entstand durch die Entschädigung der aufgehobenen Privatpostanstalten, die andre Hälfte ist verursacht durch Herabsetzung verschiedener Postzölle und Verbilligung der Fernspreck-Gegebühren.

Ich komme nun zu den neuen Steuervorlagen. Die Vorlage des Schammweinpost-Gesetzes wird dem Hause nach Meinungen zugehen. Schwieriger liegt die Sache bei der Steuer auf Säfte und Saccharin. Es haben sich bei den Vorarbeiten so große Schwierigkeiten herausgestellt, daß wir noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gekommen sind und ich Ihnen den näheren Termin der Einbringung nicht bestimmen kann.

Bei den Ueberschüssen des laufenden Jahres werden die Zölle voraussichtlich den Etatsanschlag nicht erreichen. (Hört! hört!) Bei der Tabaksteuer wird sich voraussichtlich ein Minderertrag von 3 1/2 Millionen Mark ergeben. Demgegenüber sind nur wenig Mehreinnahmen zu erwarten. Die Branntweinverbrauchs-Abgaben werden demnach ein Mehr von 4 Millionen bringen.

Redner giebt sodann eine Uebersicht über die für den kommenden Etat zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben, wobei er, wie er sagte, weder schwarz noch rotig malen wollte.

Die Ausführungen bleiben im einzelnen vollkommen unverändert. Sie scheinen nicht mal als Präzidentenstück gehört zu werden, denn der Präsident Graf Westrum deutet sich mit der Hand am Ohr zum Redner hinüber.

Redner scheint dabei anzukündigen, das der neue Zolltarif dem Hause in nächster Zeit, vielleicht schon im Frühling, sicherlich aber im nächsten Herbst zugehen werde.

Abg. Müller-Gulda (C.) (auf der Tribüne fast unverständlich):

Wenn wir uns den Etat ansehen, dann finden wir, daß sich zwar die Einnahmen vermehrt haben, daß die Ausgaben aber in ungleicher höherer Maße gewachsen sind. Darum müssen wir die Aufstellung sehr sorgfältig prüfen. Namentlich müssen wir beim Postetat dafür sorgen, daß er nicht den Charakter eines Pauschquantums annimmt. Daß die Vorlage betreffs der neuen Säfte- und Saccharinsteuer dem Reichstag voraussichtlich in dieser Session nicht mehr zugehen soll, bedauere ich sehr. Es ist aber unsere Pflicht, auf der baldigen Einbringung zu bestehen, damit sie nicht ad calendae graecas verlagert wird. (Sehr richtig! im Centrum.) Es ergibt sich aus den Ausgaben auf dem Gebiet des Auswärtigen Amtes eine Mehrausgabe gegen das Vorjahr von rund 6 Millionen Mark. Es sind darin aber Ausgaben für Eisenbahnen in den Kolonien einbezogen, die man bei einem Vergleich nicht miteinrechnen darf. Läßt man sie weg, dann erscheinen die Ausgaben niedriger als im Vorjahr. Auch die Pensionen sind um 3 Millionen gewachsen. Wir haben kürzlich hier eine Debatte gehabt, die sich mit den Pensionen der Kriegsinvaliden beschäftigte. Auf andern Gebieten wollen wir die Regierung gewiß nicht zu größeren Ausgaben drängen; aber hier, wo es sich um die Kriegsinvaliden handelt, dürfen wir nicht sparen. (Sehr richtig!) Redner kritisiert hierauf die Anleihe, die schon in die Hunderte von Millionen gekommen seien. Den Löwenanteil an den Mehrausgaben hat die Marine. Aber diese Mehrausgaben sind durch die in der vorigen Session beschlossenen Steuern vollständig gedeckt worden. Auf dem Gebiet der Einnahmen ist mancher Ausfall zu verzeichnen. Wenn dieser Ausfall in Zukunft noch weiter wachsen wird, dann wird uns nichts weiter übrig bleiben, als die Bundesstaaten mehr heranzuziehen, als die Matrikularbeiträge zu erhöhen. Wir müssen mehr als bisher sparen und zur alten Sparfameit zurückkehren. (Weibel: Vergangene Zeiten!) Die unnützen Ausgaben sollen möglichst verhindert werden. Meine politischen Freunde haben bei der Flottenvorlage bereits erklärt, daß die Mehreinnahmen, die bei dem Abschluß neuer Handelsverträge aus der Erhöhung der Getreidezölle kommen werden, zum Wohle der arbeitenden Klassen verwandt werden. Wir denken dabei in erster Linie an die Witwen- und Waisenversorgung. Der vorige Herr Reichskanzler hat seiner Zeit im Namen des Staatsministeriums erklärt, daß bei dem Abschluß neuer Handelsverträge für einen erhöhten Schutz der Landwirtschaft gefordert werden wird. Wir möchten den neuen Herrn Reichskanzler an diese Zusage erinnern. Gleichzeitig aber muß nach unserer Ansicht bei dem Abschluß neuer Handelsverträge dafür gefordert werden, daß unsere mächtig entwickelte Industrie den Export nicht einbüßt! (Hört! hört! links). Das sind die Gesichtspunkte, von denen aus wir an die Beratung des Etats herantreten. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Der Gegenstand, der die politische Welt im Augenblick am meisten beschäftigt, ist von dem Reichstag bereits gründlich verhandelt worden, es ist deshalb die Vermutung ausgesprochen worden, daß die gegenwärtige erste Lesung des Etats keinen allzu großen Umfang annehmen werde und der Herr Vordredner hat sich ja allerdings ganz erhebliche Beschränkungen auferlegt und sich nur an den Etat gehalten. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir dazu nicht in der Lage sind. Die erste Lesung des Etats hat immer die beste Gelegenheit geboten, um sich mit den Vertretern der verbündeten Regierungen über die allgemeine politische Lage auseinanderzusetzen. Wir können mit dem Herrn Vordredner darin übereinstimmen, daß die uns vorgelegte Uebersicht den besten Beweis für die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Steuerpolitik der letzten Session liefert. Die mitgeteilten Ziffern müssen für den Reichstag eine Mahnung bilden, sparsam zu sein und alle Anforderungen, welche die verbündeten Regierungen an den Reichstag richten, genau zu prüfen. Der eigentliche Sitz dieser Sparfameit wird in der Budgetkommission liegen müssen angesichts der wenig selbständigen Organisation der Reichsfinanzverwaltung. Herr Müller wird aber hoffentlich seinen großen Einfluß in der Budgetkommission in diesem Sinne geltend machen. — In einem Punkte befinde ich mich dagegen mit dem Herrn Vordredner im Widerspruch insofern, als ich die Voraufführung der Matrikularbeiträge für eine sehr heikle Sache halte. Preußen kann diese wohl vertragen, nicht aber die kleinen Thüringischen Staaten. In dem diesmaligen Etat wäre die Gelegenheit gewesen, die gesetzliche Pflicht zur Schuldentilgung auszusprechen. Die Regierung hätte nur eine Summe zur Tilgung einzustellen brauchen. Durch die Einstellung einer bestimmten Summe zum Zweck der Schuldentilgung würde auch die Stellung der Reichsfinanzverwaltung gegenüber den andern Ressorts geläufigt werden.

Wir können mir mit dem Abg. Müller-Gulda sagen, es ist dringend notwendig, den Etat genau zu prüfen und die Ausgaben nach den Regeln der Sparfameit, die meine Partei immer betont, möglichst einzuschränken. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Auf: Flo! Ich) Man kann auch, wenn man solche großen Aufgaben in die Hand nimmt, sparen, wenn man nur die finanziellen Gesichtspunkte auch in der Vorbereitung schon richtig zur Geltung kommen läßt und dem Finanzressort den nötigen Einfluß auf die übrigen Ressorts gewährt. Das ist ja die Ursache, daß die Ausgaben im Reich so in die Höhe gehen, daß wir im Reich nicht einen so mächtigen Finanzminister haben wie zum Beispiel in Preußen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Mit großer Freude haben wir es begrüßt, daß in den Etat des Reichsschatzamtis des Innern 2 Millionen Mark eingestellt sind zur Linderung des Wohnungslebens der Arbeiter. Dankenswert erscheinen uns auch die Aufwendungen für die Errichtung von Seemannsheimen im Auslande. Unsere Beifall haben auch die Anträge für das orientalische Seminar, für das Institut zur Erforschung der Tropenkrankheiten und für die biologische Abteilung des Reichs-Gesundheitsamts. Der Betrag, 150 000 Mark für die Wiederherstellung der Höfningeburg auszuweisen, ist uns sehr sympathisch. Wir müssen verlangen, daß das Reichs-Marine-Amt den notwendigen Einfluß der Finanzverwaltung anerkennt und Etatsüberschreitungen unterläßt. Im Militäretat soll im Wege der Detachementverlegung sozusagen ein ganz neues Kavallerieregiment gebildet werden. In den Kolonien treten jetzt die wirtschaftlichen Aufgaben immer mehr in den Vordergrund, und der Charakter der bureaukratisch-militärischen Verwaltung muß einigermaßen zurücktreten. Der Bau von Bahnen wird jetzt akut, aber wir werden uns mit der schon im vorigen Jahre angehängenen Frage der Centralbahn in diesem Jahre beschäftigen müssen. Eigentümlich berührt es auch beim Kolonialamt, daß die Voranschläge so unverhältnismäßig stark übergriffen sind.

Ich komme nun zu einer Frage, die das Herz des ganzen deutschen Volks bewegt, zu den Voeren. Schon im vorigen Jahre habe ich gesagt: Unser Herz, das Herz des größten Teils der deutschen Bevölkerung steht auf Seiten der Voeren. (Sehr richtig! rechts und links.) Es steht in dem Transvaalkriege den unberechtigten Angrieff (Sehr richtig! rechts und links) einer gewaltigen Macht gegenüber einer kleinen ihr Recht tapfer verteidigenden Minderheit. (Sehr richtig!) Und es ist natürlich, daß sich auch für den Führer des tapferen kleinen Volks im Kampf gegen eine Weltmacht das Herz des deutschen Volks aufhört, daß ein jeder ihm alles zu Liebe thun möchte. (Sehr wahr!) So spricht das Herz, das Gefühl des deutschen Volks. Es ist deshalb gewiß nicht geschickt, wenn von Seiten der Polizei, wie es in Köln geschehen ist, unnötige Einschränkungen und Ungeheuren (Leb! Zustimmung) erfolgen. Es ist nicht abzusehen, warum der alte Eim Krüger nicht Studenten-deputationen empfangen soll, warum es einen Unterschied bildet, ob sie in Wies oder ohne Wies vor ihm erscheinen. (Sehr richtig.)

Andererseits aber ist es Pflicht der deutschen Regierung, sich bei der Behandlung solcher Fragen nicht durch diese Gefühle der Sympathie und der Ehrliebe leiten zu lassen, sondern nur zu fragen: Was darf ich thun, ohne die Interessen des deutschen Volks zu verletzen; was muß ich thun, um diese Interessen zu fördern. Theodor Mommsen hat jüngst geschrieben, eine Großmacht ist heute noch mehr geniert in der Verhätigung ihrer Sympathien, als eine kleine Macht. Sie muß sich mehr Zurückhaltung auferlegen. Das deutsche Volk sollte die Stellung seiner Regierung nicht erschweren, es sollte nicht fürmen und nicht hegen, sondern der Regierung freie Hand lassen. Dieser Standpunkt ist auch der unsere. In der Erkenntnis, daß der einzige Leitstern unserer auswärtigen Politik auch in dieser das Herz des deutschen Volks berührende Frage sein muß: Was nützt es dem deutschen Volke? (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir kennen den Grafen Bülow bisher als Minister des Auswärtigen, wir kennen ihn als denjenigen Minister, der im Auftrag seines Kaisers Deutschland zuerst in die Weltpolitik hineingeführt hat. Er hat es getan mit unserer Zustimmung. Wir lassen die Weltpolitik nicht auf als die Politik, überall dabei zu sein und in Handhändel mit fremden Staaten zu geraten, sondern wir sagen, daß die Interessen des deutschen Volks in der ganzen Welt vorhanden sind und auch in der ganzen Welt Schutz finden müssen.

Eine Frage noch ist von Wichtigkeit: Wie steht der Reichskanzler zur Socialpolitik... (Links wird „Socialdemokratie“ verstanden, und es entsteht Heiterkeit und Lurche. Redner wiederholt sehr laut:) zur Socialpolitik. (Heiterkeit.) Schon vor zwei Jahren haben wir den Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung auf die Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung Bedacht nehmen möchte. Diesem Wunsch ist der Reichstag später in seiner Gesamtheit beigetreten. Graf Posadowsky aber erklärte, daß zunächst die Reform der Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung erfolgen müsse, bevor man weitergehen könne. Und wir haben bei den Reformen der Unfall- und der Invalidenversicherung anerkannt, daß Graf Posadowsky mit großem Interesse und Ernst und Herz und Liebe diese Reform gefördert hat, zugleich aber auch mit jener Bedächtigkeit, die notwendig ist, um die neuen Lasten dem Unternehmer nicht zu fühlbar zu machen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Und diese Bedächtigkeit war um so mehr geboten, als wir vielleicht in die Zeit der Depression eintreten. Diese beiden Reformen sind erfolgt im Zusammenarbeiten des Reichstags und der Regierung und auch unter der Zustimmung der Socialdemokratie. Wir hatten nunmehr aber erwartet, in der Thronrede die Reform der Krankenversicherung angekündigt zu sehen. Von vorbereitenden Maßnahmen haben wir gehört, aber die Thronrede schweigt. Ein Stillstand auf dem Gebiet der Socialpolitik ist nicht angebracht, sondern ein bedächtiges Vorwärtsschreiten. Die Ausgestaltung der Socialpolitik ist auch das beste Mittel, um die Socialdemokraten in ihrer Ausübung zu Socialpolitikern zu fördern. Weiter muß die Regierung auch die Führung übernehmen in dem Ausgleich der verschiedenen Interessen innerhalb der Unternehmerkreise. Die Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie dürfen nicht überwachen. Die Thatsache aber, daß von einer Vorlegung des Zolltarifs noch nicht die Rede ist, hat in einem Teile des Landes die Befürchtung erregt, man wolle die Sache auch auf die lange Bank schieben. (Sehr richtig!) Um dann gewissermaßen eine Ueberrumpelungspolitik zu treiben, für die Ausdehnung der Rechte des Reichs gegenüber den Einzelstaaten habe ich ja heute nicht mehr einzutreten; diese Aufgabe hat und ja jetzt das Centrum abgenommen. Aber es muß auch allen ungerechtfertigten partikularistischen Strömungen Widerstand geleistet werden. Vor einigen Jahren war hier vielfach die Rede von Reichsverdröbenheit. Das hat Gottlob jetzt aufgehört, deswegen, weil das deutsche Volk jetzt vor neue große Aufgaben gestellt ist. Ungerechtfertigten partikularistischen Strömungen muß aber, wie gesagt, entgegengetreten werden, wenn z. B. einige Staaten den Versuch machen, Sparfameit aus dem Militäretat zu behalten. Auch die nationalen Ziele müssen nicht nur in der Weltpolitik, sondern auch in der inneren Politik verfolgt werden. Preußen ist ja gewiß Mann genug, sich gegen die Gefahren des Vordringens der polnischen Nationalität zu wahren, aber das Reich hat doch Ursache einzuschreiten, wenn ein preussischer Erzbischof so weit geht, daß er einem deutschen katholischen Propst, der von den deutschen Katholiken in Preußen, Domsitz aufgestellt ist, vor den Wahlen erklärt, sein Verhalten wäre bedauerlich. Das ist ein Eingriff in die Wahlfreiheit, welche dem Deutschen Reich haben müssen, der nicht geduldet werden kann. Derartige nationale Aspirationen müssen gehörig zurückgewiesen werden. Wenn die Weltpolitik, die ja nur eine Konsequenz der Idee des Fürsten Bismarck ist, Erfolg haben soll, so müssen alle Kräfte des deutschen Volks zusammenwirken unter Leitung einer einheitslichen energischen Regierung. (Bravo! bei den Nationallib.)

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (L.):

Herr Dr. Sattler mahnte zur Sparfameit. Der einzige Weg wäre vorläufig, daß die Einzelstaaten zu erhöhten Matrikularbeiträgen herangezogen werden können. Auf die Dauer ist das aber nicht möglich; eine wirkliche Sparfameit wäre nur zu erreichen auf dem Wege einer Reichs-Finanzreform.

Sein Kanalamt haben wir Sparfameit über wollen. Statt der kostspieligen Verwaltung wollten wir dieselbe an Preußen abgeben. Die Einnahmen deden sich heute noch nicht einmal mit den Ausgaben. Ich führe das hauptsächlich an, um zur Vorsicht beim Bau neuer Wasserstraßen zu mahnen. (Sehr richtig! rechts.) Beim Militäretat sind wieder Prämien für Unteroffiziere ausgenorfen. Dabei möchte ich die Frage anregen, ob wir auf die Dauer mit der zweijährigen Dienstzeit werden auskommen können oder ob es sich nicht empfehlen dürfte, wieder zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehren. Was den Kolonialetat anlangt, so müssen wir auf eine größere wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien mehr bedacht sein. Ohne neue Bahnen werden wir dort nicht auskommen. In Bezug auf China dürfen wir nicht übertriebene Hoffnungen hegen. Es darf nicht außer Rechnung gelassen werden, daß in China so billig produziert werden kann, daß ein Export aus China unsere heimische Produktion nur schädigen könnte. (Hört! hört! links und rechts.) Wir wollen auch unseren Platz an der Sonne haben, aber Vorsicht ist am Plage und von weiteren Erwerbungen in China bitte ich die Regierung vorläufig dringend abzuweisen. Wir wollen nicht, daß Deutschland überall dabei ist, wo der Handel festes Fuß fassen kann; denn diese Wirtschaftspolitik ist teuer und auch unsicher. An der sogenannten Weltpolitik haben wir keinen allzu großen Gefallen. Militärisch sind wir ihr zwar vollständig gewachsen. Aber wirtschaftlich können wir geschädigt werden, wenn andre Nationen die Thore unsrem Export verschließen. Gegenüber Amerika haben wir es an der nötigen Schärfe und Stärke fehlen lassen. Wir haben da den Kürzeren gezogen. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen weiter verlangen, daß die Landwirtschaft mehr berücksichtigt werde als bisher. (Sehr richtig, rechts.) In den letzten zwei Jahren hat die Industrie von der Befehdung den ausschließlichen Vorteil gehabt. (Sehr richtig! rechts.) Unre Begner werden und wegen dieser Forderung agrarische Begehrtigkeit vor. (Sehr richtig! links.) Das ist gut für die Agitation, aber der Schutz der Landwirtschaft muß eben erfolgen, wenn sie nicht bankrott werden soll. Eine Finanzscheidung des Zolltarifs wünsche ich nicht, aber eine vorzeitige Veröffentlichung kann ich nicht antreiben, wie es Herr Sattler zu wünschen schien. — Das wäre mir Wasser auf die Mühle der Agitatoren. (Hört! links.) Herr Dr. Siemens (Rechts: v. Siemens) hat kürzlich einmal ausgeführt, die Landwirtschaft vertrete nur 15 Prozent des Nationalvermögens, Industriehandel 20.

85 Proz. und hat daraus gefolgert, daß die Industrie auch einen größeren Schutz verdiene. Die Landwirtschaft verdient deshalb den größeren Schutz, weil auf dem Lande bei weitem mehr kleine und mittlere Erwerbsstände und Vermögen existieren als in der Stadt. Gerade diese Elemente aber sind besonders wertvoll für den Staat. (Sehr gut recht und im Centrum.) Die ganze Rechnung des Herrn v. Siemens stimmt aber nicht, denn er erlangt die 15 Proz. nur dadurch, daß er die Schulden vom Vermögen abzieht. Bei der Landwirtschaft kann man mit einer solchen Rechnung nicht auskommen, hier muß man die Schulden im Gegenteil zu zählen. (Große Heiterkeit.) denn gerade aus dem Boden entspringt die schaffende Kraft. (Sehr richtig! recht.) Was die Boerenfrage und den Besuch Krügers in Deutschland betrifft, so bin ich überzeugt, daß die Ausführungen des Reichslanzlers das Land hierüber beruhigen werden. Ich bedauere nur, daß sie noch nicht erfolgt sind. Jedenfalls wünschen wir, daß das Deutsche Reich so kraftvoll und machtvoll dastehet, daß es Rücksicht auf andere Länder, die im Widerspruch zu seinen Gefühlen steht, nicht mehr zu nehmen braucht. (Bravo! recht.) Wir wollen eine starke und feste Regierung, die die Mächte des Umsturzes kräftig und energisch bekämpft. (Hui! Hui! bei den Socialdemokraten.) Wir wollen eine Regierung, die dem Wert der landwirtschaftlichen Bevölkerung volle Rechnung trägt. (Bravo! recht.)

#### Reichslanzler Graf v. Bülow:

Auf alle von Herrn Sattler soeben aufgeworfenen, besprochenen und angeregten Fragen werden wir heute nicht mehr eingehen können, so schneidhaft mir auch das Interesse ist, das der Herr Abgeordnete an meinem wirtschaftlichen und socialpolitischen Seelenzustand nimmt. Alle diese Fragen zu beantworten, würde auch nicht leicht sein. Einzelnen dieser Fragen gegenüber hatte ich etwa das Gefühl wie Faust, als Gretchen ihn fragt, was hältst du eigentlich von der Religion? (Heiterkeit.) Ich bin aber dem Herrn Abg. Sattler und dem Herrn Vorredner sehr dankbar, daß sie mir Gelegenheit bieten, mich auszusprechen über die Reise des Präsidenten Krüger und über unsere Haltung gegenüber dem südafrikanischen Kriege. In Interesse der Klarstellung dieser das deutsche Volk tief bewegenden Frage möchte ich etwas weiter ausgreifen. Daß es zwischen den südafrikanischen Republikern und England zum Kriege gekommen ist, haben wir aufrichtig bedauert. Wir bedauerten, daß ein solcher Krieg möglich war zwischen Christen, zwischen Völkern, zwischen Angehörigen derselben großen germanischen Rasse. Das mußte auch, nebenbei gesagt, eine Mahnung für uns sein und ist es gewesen, die Augen offen zu halten, uns nicht Sand in die Augen streuen zu lassen, sondern fest zu halten an der alten Wahrheit, daß auf der eigenen Kraft die einzig sichere Bürgschaft ruht für den Frieden und die Behauptung des eignen Rechts zu Wasser und zu Lande. (Bravo!) Wir bedauern den Ausbruch des Kriegs aber auch deshalb, weil durch denselben gewichtige deutsche wirtschaftliche und politische Interessen in Mitleidenhaft gezogen wurden. Mehrere Tausende von deutschen Staatsangehörigen sind in Südafrika angefahren. Tausende haben dort große industrielle und kaufmännische Etablissements im Leben gerufen, das in den südafrikanischen Republiken investierte deutsche Kapital beziffert sich auf Hunderte von Millionen, der Handelsverkehr zwischen Deutschland und der südafrikanischen Küste ist ein sehr reger. Wir sind also wirtschaftlich in hohem Grade an der Zukunft Südafrikas interessiert und politisch hatten wir die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Krieg keine schädliche Rückwirkung ausübe auf unseren südafrikanischen Besitzstand. Darum haben wir gethan, was für uns als neutrale Macht und ohne Gefährdung direkter deutscher Interessen möglich war, um den Ausbruch dieses Kriegs zu verhindern. Wir haben insbesondere gegenüber den Regierungen der beiden südafrikanischen Staaten insofern ganz loyal gehandelt, als wir von vornherein rechtzeitig und unabweislich keinen Zweifel ließen hinsichtlich der Lage der Dinge in Europa, wie hinsichtlich unserer eignen Neutralität im Falle eines Kriegs in Süd-Afrika, insofern, als wir den südafrikanischen Regierungen keinen Wein einschenkten. Ich habe hier eine Aufzählung vor mir liegen, welche diese unsere Haltung vor dem Ausbruch des Kriegs beleuchtet. Im Mai und Anfang Juni 1899 haben wir im Verein mit der niederländischen Regierung dem Präsidenten Krüger zur Mäßigung geraten. Ich beziehe mich dabei auf das niederländische Gelbbuch.

In einer Depesche an den Generalkonsul in Pretoria heißt es: Die neuesten Nachrichten lassen mich glauben, daß eine unmittelbar bevorstehende gewaltsame Lösung des Konflikts zu befürchten ist. Ich bitte Sie, dem Präsidenten mitzuteilen, daß ich als aufrichtiger Freund rate, sich so verbindlich und mäßig als möglich zu zeigen. Ich weis aus ganz sicherer Quelle, daß die deutsche Regierung diese Meinung durchaus teilt.

Als damals der Vermittlungsgebende nicht ausfindiglos erschien, da die Frage eines Schiedspruchs seitens der Vereinigten Staaten von Amerika und England in der englischen Presse sogar erörtert wurde, haben auch wir durch die niederländische Regierung im Jahre 1899 dem Präsidenten Krüger die Annahme einer Vermittlung empfohlen lassen. In Erwiderung hierauf teilte der Vertreter der niederländischen Gesandtschaft mit, der Präsident halte im Augenblick die Annahme einer Vermittlung für noch nicht angebracht. Unser Geschäftsträger im Haag schickte uns am 22. Juni 1899 eine Depesche dieses Inhalts. Als dann nach einiger Zeit Präsident Krüger den Versuch machte, eine Vermittlung, d. h. ein beiderseitiges Eingehen auf einen Schiedspruch zu erlangen, waren die Gemüter schon zu sehr erregt. Herr Krüger klagte im August der niederländischen Regierung, daß kein Schiedspruch zu erreichen sei. Daraus haben wir nun noch einmal, und zwar zum letztenmal, einen Rat erteilt, dessen Inhalt im niederländischen Gelbbuch folgendermaßen wiedergegeben ist: „Sie wollen dem Präsidenten Krüger mitteilen, daß die deutsche Regierung die in meiner Depesche vom 4. d. M. ausgesprochene Ansicht, den englischen Vorschlag nicht abzulehnen vollständig teilt.“ Ich glaube, daß aus diesen Publikationen unabweislich hervorgeht, daß uns an dem Ausbruch des Kriegs keine Schuld trifft. So weit durften wir nicht gehen, daß wir, um das Zulassen der Thüren zu verhindern, die eignen Finger zwischen Thür und Angel klemmten. Damit hätten wir den Boeren nichts gethan und uns nur geschadet. (Sehr wahr!) Nachdem der Krieg ausgebrochen war, konnten wir im Hinblick auf die gesamte Kollege wie vom Standpunkt der deutschen Gesamtinteressen aus keine andre Haltung einnehmen als eine solche strenger Neutralität. (Sehr richtig!) Daran konnte auch die Sympathie nichts ändern, welche wie in andern Ländern so auch bei uns für Männer bestand, die für ihre Ideen, für ihre Regierung, ihre Freiheit mutig ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, die in schwerem Kampfe heldenhaft ausgehalten haben. Denn die Politik eines großen Landes darf in kritischer Stunde nicht von Eingebungen des Gefühls beherrscht werden, sondern sie muß lediglich geleitet werden durch ruhige und nüchterne Erwägungen im Interesse des Landes. (Bravo!)

Was nun die Möglichkeit einer friedlichen Vermittlung angeht, so wäre die Voraussetzung einer solchen, daß sie von beiden streitenden Theilen acceptiert würde. Das wäre eine Mediation, sonst würde es sich um eine Intervention gehandelt haben mit eventuellem Zwange behufs Einstellung der Feindseligkeiten. Eine solche Intervention wäre für uns durch die generellen Weltverhältnisse wie durch unsere speziellen deutschen Interessen ausgeschlossen. Uebrigens ist eine andre als eine ganz friedliche und freundschaftliche Mediation von keiner Macht jemals in Erwägung gezogen worden. Niemand hat den Gedanken gehabt, England gegen seinen Willen zum Frieden nötigen zu wollen. (Hört, hört!) Als nun der Gedanke einer solchen friedlichen Mediation von Amerika angeregt wurde, wurde er von der englischen Regierung in kategorischer und ganz bestimmter Weise abgelehnt. Daher war die Möglichkeit einer friedlichen Mediation, deren Voraussetzung die Uebereinstimmung beider streitenden Theile ist, ausgeschlossen.

Ein Einschreiten gegen den Willen eines der Beteiligten nennt das Völkerrecht Intervention. Eine solche pflegt, wenn sie nicht zu einer diplomatischen Niederlage führt, die Einleitung zu sein zu einem bewaffneten Konflikt. Wenn wir auf einer solchen Basis in einen solchen Konflikt hinein gegangen oder hinein gegliitten wären, dann hätte es uns wohl gehen können wie dem Jüngling in einem schönen Schiller'schen Gedicht. Diefem von seinen Idealen vorwärts getriebenen Jüngling geht es wie es dort heißt: „Ach, schon in des Weges Mitte liegen die Begleiter mich, wandten seitwärts ihre Schritte, einer nach dem andern wich.“ (Große Heiterkeit.) Bravo! In eine solche Situation haben wir das deutsche Volk nicht bringen wollen, nicht bringen können. (Bravo!)

Was nun die Reise des Präsidenten Krüger und den Empfang durch seine Majestät angeht, so kommt es dabei nicht auf das Beizehnen, nicht auf nebensächliche Begleiterscheinungen an, nicht auf bedauerliche polizeiliche Ungeschicklichkeiten, sondern auf den Kern der Sache. Die Frage war, ob diese Reise des Präsidenten nach Deutschland und sein Empfang durch Sr. Majestät dem Präsidenten oder uns irgend etwas genützt hätte. Diese Frage beantwortete ich mit einem entscheidenden Nein. Eine Audienz bei Sr. Majestät, alle Ovationen, alle Demonstrationen konnten dem Krüger gar nichts geholfen haben. Was haben denn dem Präsidenten Krüger die Voriser Ovationen genützt! (Hört, hört links.) Was hat ihm sein Empfang im Ellysée genützt? Ich habe hier eine telegraphische Mitteilung über die letzte, also wohl entscheidende Unterredung des Präsidenten Krüger mit dem Minister Delcassé.

Es heißt da: Krüger beschränkte sich darauf, zu erfahren, wie sich die französische Regierung gewissen Eventualitäten gegenüber verhalten würde, welche sich aus den Schritten ergeben könnten, die in Europa gethan werden sollten. Die Unterredung betrafte sich in allgemeinen, unbestimmten Ausdrücken. Delcassé gab zu verstehen, das er sich an das halten würde, was er gelegentlich der Interpellation über die Transvaalfrage im März dargelegt habe; er gab weiter zu verstehen, daß Frankreich keinerlei Initiative ergreifen werde, das es jedoch einer solchen nicht entgegentrete, ihr vielmehr sich anschließen werde, wenn dieselbe unter einer Gestalt zu Tage trete, welche die Billigung Frankreichs zu verdienen geeignet sei. (Heiterkeit.)

Krüger ließ sich nicht durchbilden, was er zu thun beabsichtigte. Nun frage ich Sie, ob nach dieser Unterredung Präsident Krüger nicht ebenso klug war wie vorher. (Große Heiterkeit und sehr gut!)

Ich betone ausdrücklich, daß der französische Herr Minister des Auswärtigen so verständlich wie möglich geantwortet hat, wie das von einem so ausgezeichneten und erfahrenen Staatsmann nicht anders zu erwarten war, wie dies Herr Delcassé ist. Ich selbst würde es eintretenden Falls gar nicht schöner haben machen können. (Große Heiterkeit.) Bei allem menschlichen Mitgefühl für sein tragisches Schicksal, bei allem persönlichen und menschlichen Verständnis für sein Gottvertrauen, für seine schlichte Größe, würde ich als Minister des Auswärtigen, als Reichslanzler, dem Präsidenten auch nur haben sagen können, was ihm in Paris gesagt worden ist und was der Boerendeputation schon im vergangenen Frühjahr in Paris, in Petersburg usw. geantwortet worden ist, nämlich, daß wir ein Ende des ungeheuren, entsetzlichen Blutvergießens in Südafrika lebhaft wünschen, daß aber eine Intervention gegen England nicht in Aussicht genommen sei. Die Reise des Präsidenten nach Berlin würde unserer Stellung in der Welt sicher nicht genützt haben. Denn entweder würden alle Ovationen für ihn zwecklos gewesen sein, nicht als verpufftes Feuerwerk, oder es wären dadurch unsere internationalen Beziehungen verschoben worden zum Nachteil des Landes. Diese Beziehungen zu schädigen gegen jede Trübung sei es durch Intrigue, sei es durch Demonstrationen, ist Pflicht der Regierung. (Sehr richtig! links.) Und diese Pflicht hat die Regierung gerade in unsern Tagen, wo Kriege viel leichter entfesselt werden durch elementare Volkseinstimmungen und durch die öffentliche Meinung als in den Tagen der Kabinettpolitik durch den Ehrgeiz der Monarchie oder die Ränke der Minister, die sich seitdem sehr gebessert haben. (Große langanhaltende Heiterkeit.)

In der Presse, sogar in Volksersammlungen ist unser Verhältnis zu England dislociert worden. Sie über die Beziehungen zwischen zwei großen und selbstbewußten Völkern auszusprechen, ist nicht so ganz leicht, wenigstens nicht für mich in meiner verantwortlichen Stellung. Ich nehme aber keinen Anstand folgendes zu sagen: Wir stehen England gegenüber vollständig unabhängig da, wir sind nicht um eines Haars Breite mehr auf England angewiesen, als England auf uns. (Sehr richtig! links.) Aber wir sind bereit, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und Gleichheit — über diese Voraussetzungen haben wir niemals eine Großmacht im Zweifel gelassen — mit England in Frieden, Eintracht und Freundschaft zu leben. Aber wir wollen nicht England gegenüber den Donautoten spielen, der mit eingelegter Lanze auftritt, wo sich irgendwo eine englische Windmühle dreht. (Lebhafter Beifall links! und im Centrum.) — Unser Interesse ist es, mit allen denjenigen Mächten auf gutem Fuße zu stehen, die mit uns in Frieden zu leben wünschen. Und müßig mit der dauernden Segnerschaft einer Großmacht zu belasten, wäre ein politischer Fehler, eine politische Dummheit, für welche ich die Verantwortung nicht übernehme. (Sehr gut! links.) Wir werden wie überall so auch in Südafrika die deutschen Interessen, die politischen, wie die wirtschaftlichen wahren. Wir rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß der Ausgang des südafrikanischen Kriegs unsere dortigen legitimen wirtschaftlichen Interessen nicht dauernd beeinträchtigen wird und sind voll bereit, anzunehmen, daß dieser Krieg keine schädlichen Rückwirkungen auf unsere zukunftsreichen afrikanischen Besitztümer ausüben wird. Das ist unser gutes Recht und davon gehen wir nicht ein Attelchen ab. Aber andern die Kosten aus dem Feuer zu holen und uns von andern vorführen zu lassen, das wäre nicht unsere Aufgabe, das wäre ein großer Fehler. (Sehr richtig! links.) Ich kenne sehr wohl die Empfindung der deutschen Volkseule und weiß sie zu würdigen, aber den politischen Blick darf ich mir dadurch nicht trüben und das politische Augenmaß nicht verrücken lassen. So lange ich an dieser Stelle stehe, darf ich mich nicht von Gefühlen des deutschen Volks hinreißen lassen, sondern muß mich leiten lassen vom Interesse des deutschen Volks. Dies schreibt aber die selbständige, ruhige, unabhängige Haltung vor, die wir gegenüber den afrikanischen Völkern eingenommen haben. (Lebhafter Bravo!)

Der Präsident verlagte hierauf die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

#### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 10. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt hebt man hervor: Der erste Rosenkrieg. — Die ökonomischen Ursachen der Völkung in Macedonien. Von Alwin Volz. — Die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke. Von A. Kautsch. — Vom Wiener Volksklub. Von D. Wach. — Die Volkserhebung in der Schweiz. Von Dr. J. Dery in Genéve. (Schluß.) — Berliner Theater. — Literarische Rundschau: Dr. M. Freudenberger, Beiträge zur Naturgeschichte der Sprache. — Notizen: Statistik der Kohlen- und Eisenproduktion.

„In freien Stunden“, illustrierte Romantilliotheek für das arbeitende Volk in Wochenheften a 10 Pf. Soeben erschienen die Hefte 49 und 50. Mit dem neuen Jahrgang tritt in der Erscheinungsweise eine Aenderung ein. In jedem Heft gelangen 2 Romane gleichzeitig zum Abdruck und das Heft umfassen wird dem Text einverleibt.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von 1,20 M.), nimmt Bestellungen auf diese 10 Pfennig-Hefte an.

Produktenmarkt vom 10. Dezember. Getreide. Auf dem Getreidemarkt entwickelte sich wärtere Tendenz; der Verkehr bewegte sich in sehr engen Grenzen auf die gänzlich statischen Anweise über die letzte Woche hin, auf das mildere Wetter und die niedrigeren nordamerikanischen

schon Notierungen. Weizenlieferungen für Mai notierten 0,75 M., Roggenlieferungen 0,25 M. niedriger. Weiterhin löbten produktive Verkäufe einen weiteren Preisdruck aus. Daher veränderte sich kaum, Mai weis, wieweil um 0,50 M. Absatz schwächte sich leicht ab. Spiritus. Coccyllitus war mit 45,20 M. unverändert.

#### Marktpreise von Berlin am 8. Dezember 1900

nach Grmittlungen des		19. Volksgewandlungs.	
Waren	Preis	Waren	Preis
Weizen, gut	15,40	Rastoffen, neue, D. Gr.	6,—
„ mittel	14,50	Wundfleisch, Rente 1 kg	1,60
„ gering	13,60	„ „ „	1,30
Roggen, gut	16,—	Schweinefleisch	1,60
„ mittel	15,10	„ „ „	1,80
„ gering	14,20	Hammelfleisch	1,60
Wasser, gut	15,40	Butter	2,80
„ mittel	14,50	„ 60 Stk.	5,—
„ gering	13,60	Karpfen 1 kg	2,20
Hefe, gut	16,—	„ „	2,50
„ mittel	15,10	„ „	2,00
„ gering	14,20	„ „	1,80
Mehl, 1. Sort.	7,—	„ „	1,60
„ 2. Sort.	7,40	„ „	3,—
„ 3. Sort.	40,—	„ „	1,40
Speisebohnen	45,—	„ „	1,40
„ „	30,—	„ „	2,50

frei Wagen und ab Bahn.

#### Witterungsübersicht vom 10. Dezember 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 1/4° C.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 1/4° C.
Zwinnend.	767	SW	2 Nebel	4	4	Daparrado	739	SW	—	wolfig	—0
Danzburg	768	SW	3 Nebel	5	5	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	769	SW	2 Regen	3	3	Kost	771	SW	2 St. bed.	8	8
Frankf., M.	772	SW	1 Regen	—1	—1	Aberdeen	763	SW	2 St. bed.	—	—
Wien	774	SW	—	wolkenl.	—5	Paris	—	—	—	—	—

#### Wetterprognose für Dienstag, den 11. Dezember 1900.

Mit ziemlich trübe und neblig mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Ein starrer Socialdemokrat ist angekommen. Familie Otto Gierke, Ober-Schneideweide.

#### Todes-Anzeige.

Am 8. d. M. verschied nach langer und schwerer Krankheit mein lieber Vater und unser guter Vater, der Schriftsteller 1537b

#### Wilhelm Schockel

im 39. Lebensjahre. Mit der Witte um hieses Beileid zeigen dies schmerzhaft an. Die trauernden Hinterbliebenen. Wwe. Schockel nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Friedhofs am Kommunikationwege aus statt.

Am 8. Dezember 1900 verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege und Freund

#### Wilhelm Schockel

im 39. Lebensjahre. Sein kollegiales Wesen und seine langjährige Tätigkeit im Interesse der Organisation feiern ihm ein bleibendes Andenken. Die Kollegen der Heiterischen Buchdruckerei. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Panower Friedhofs aus statt.

#### Die Kollegen

der Heiterischen Buchdruckerei. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Panower Friedhofs aus statt.

#### Arbeiter-Berein

für Pantow und Umgegend. Am 8. d. M. verschied nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied

#### Wilhelm Schockel.

Derselbe war Mitbegründer des Arbeitervereins und hat denselben, so viel in seinen Kräften stand, zu fördern gesucht. Wir werden ihm ein aufrichtiges Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags um 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Friedhofs am Kommunikationwege aus statt.

#### Arbeiter-Berein

für Pantow und Umgegend. Am 8. d. M. verschied nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied

#### Arbeiter-Berein

für Pantow und Umgegend. Am 8. d. M. verschied nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied

#### Arbeiter-Berein

für Pantow und Umgegend. Am 8. d. M. verschied nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied

#### Arbeiter-Berein

für Pantow und Umgegend. Am 8. d. M. verschied nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied

#### Arbeiter-Berein

für Pantow und Umgegend. Am 8. d. M. verschied nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied

#### Arbeiter-Berein

für Pantow und Umgegend. Am 8. d. M. verschied nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied

#### Arbeiter-Berein

für Pantow und Umgegend. Am 8. d. M. verschied nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied

Am 8. d. M. verschied nach kurzem Leiden mein lieber Vater, unser guter Vater, der Gigarrenschreiber

#### Rudolf Geselle.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 11. nachmittags 2 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße 116, aus nach dem Friedhof: Kirchhof, Nieder-Schönhausen, statt. Amalie Geselle geb. Röder 1528b) und Kinder.

Unser lieber Kollege, der Photograph

#### Hermann Schuchardt

wurde uns am 8. Dezember nach schwerem Leiden durch den Tod entzogen. Wir verlieren in ihm einen liebenswürdigen, hilfsbereiten und gewissenhaften Kollegen, der uns immer ein Vorbild in Pflichttreue gewesen ist und dessen Andenken wir hoch in Ehren halten werden. Das technische Personal der Kunstanstalt Karl Schütze.

Unser lieber Kollege, der Photograph

#### Hermann Schuchardt

Liebetribe! Siehe ich an der Jahre dieses langjährigen bewährten Mitarbeiters, der in schweren Zeiten auf seinem Posten ausgeharrt und mit jeder Zeit treu zur Seite gestanden hat. Ich werde ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Berlin, Leipzigerstr. 13. 1529b Karl Schütze.

Am Sonnabend, den 8. d. M., abends 7 1/2 Uhr, verschied unser hoffnungsvoller lieber Sohn

#### Hermann Räder

im Alter von 19 Jahren. Dies zeigt tiefbetruht an Eltern und Geschwister. Rheinbergerstr. 62. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Halle der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee 15/17, statt.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter. (Ortliche Verwaltung Berlin H.) Am 8. d. M. verschied nach langem Leiden das Mitglied unserer Kasse, der Tischler

#### Hermann Siegmund

im Alter von 64 Jahren. Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause Scharfstr. 2 aus statt. 185/6 Die Ordreverwaltung.

Stempel-Druckerei von 52203

#### Robert Hecht,

Berlin S., Cranienstr. 142. Perfekt schnell und billig alle Arten

Stempel in besser Ausführung.

Kautschuk-Typen „Veritas“ zum Zusammenlegen einzelner Abdrücke (auch ganzer Sätze von 150 M. an

! Recker Gelegenheitskauf!

Vorjährige Winterpaletts aus reinwollenen Stoffen und anderen Stoffen, zurechtgesetzte Wälder. Verkauf zu Spottpreisen: 10 M., 12 M., 15 M. Es sollte jeder diese Gelegenheiten wahrnehmen, da so billig niemand verkaufen kann.

#### Ludwig Engel,

Aleidmacher, Brunnenstrasse 60. Begründet 1892.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 11. Dezember.**  
**Opernhaus.** Der Prophet. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Johannisnacht. Zurlauben, Prinzessin von China. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Geschlossen.  
**Deutsches Theater.** Die Nacht der Finsternis. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Lesing.** Wie die Blätter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Die Dame von Rojtin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Welten.** Hoffmanns Erzählungen. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Secessionsbühne.** Der Selbsthater. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Die Welt in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Puffen.** Wie die Mägen klingen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Bettelstudent. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Die Belchenprinzessin. Anfang 8 Uhr.  
**Velle-Alliance.** Der Prozeßhandl. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frühe tolle Nacht. Anf. 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Der Sängling. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sängler. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: „Don Schantung bis Peking“. Invalidenstr. 57/62. „Sternhausen und Nebelflecke“. Son 4. Graf. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
**Dienstag, abends 8 Uhr:**  
**Die Welt in der man sich langweilt.**  
 Lustspiel in 3 Akten von Eward Pailleron. Deutsch von A. Tuchen und Karl Friedrich Wittmann.  
**Mittwoch, abends 8 Uhr:**  
**Amor von heute.**  
 Komödie in 3 Akten v. Arthur Schnitzl. Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
**Donnerstag, abends 8 Uhr:**  
**Die Maschinenbauer.**

### Central-Theater

**Der Brautvater.**  
 Gefangnisprobe in 3 Akten v. Adolf Hofe. Hieran: **Die Fledermaus.** (3. Akt.) Karel-Gravik, Kofalinde-Deima, Dr. Loski-Pagen, Eisenstein-Schib, Franz Ander, Halle-Riemann.  
 Mittwochnachts 4 Uhr zu sehr ermäßigten Preisen.  
 Logen 2,10 M., Parterre 1,10 M., I. Rang 80 Pf., II. Rang 55 Pf.  
 Kinderzuschlag b. Märchen Ensemble **Hänsel und Gretel.**  
 Märchenstück mit Gesang in 4 Akten.

### Secessionsbühne

Alexanderstr. 40.  
**Der Leibalte.**  
 Komödie in 3 Akten v. Arthur Schnitzl. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Thalia-Theater

Preobenerstr. 72.  
 Heute und folgende Tage:  
**Amor von heute.**  
 Große Ausstattungsprobe mit Gesang und Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Die Velechenprinzessin.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
 Zu vielen Märchenstück-Vorstellungen hat jeder Ermöglichte das Recht, zwei Kinder auf einen Platz frei einzulassen.  
 Sonnabendnachts 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Hänsel und Gretel.**

### Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57.  
**Henry Bender als Debit.**  
 Mit vollständig neuer Ausstattung.  
**Eine tolle Nacht.**  
 Berliner Ausstattungsprobe in 5 Bildern.  
 Vorher:  
 Das Dezember-Spezialitäten-Programm.  
**Brüder Pantzer. Renard. Mlle. Bacha.**  
 Anfang der Spezialitäten 7 1/2 Uhr, Anfang der „tollen Nacht“ 8 1/2 Uhr.  
 Manden überall gestattet.  
 Morgen u. d. folgenden Tage:  
**Eine tolle Nacht.**

### URANIA

Taubenstr. 48/49.  
 Im Theater abends 8 Uhr:  
**Von Schantung bis Peking**  
 Invalidenstr. 57/62.  
**Sternhausen u. Nebelflecke**  
 von K. Graf.  
**Tägl. Sternwarte.**  
 Nachmittags 5-10 Uhr.

### Passage-Theater

Unter den Linden 22.  
**D-Vorstellung**  
 (Nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr).  
**Tägl. Auftreten**  
**Gertrude Barrison**  
 Jenseits der krummen Lanke. 2. Seebatalion 3. Compagnie. 16 Nummern.  
 Eintritt (soweit der Raum reicht) inkl. Panoptikum 50 Pf.

### CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 105.  
**Neu! Dahomey-Dorf.** Neu 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerzieren, Nationaltänze.  
 Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl.  
 „Allerseele“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf.  
 Militär u. Kinder 25 Pf.

### Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
 Das pyramidale Dezember-Programm.  
**Neu! 8 1/2 Uhr: Neu! Der Sängling.**  
 Pöffe mit Gesang von D. Richter. Ridel, Rentier: Direktor Richard Winkler.  
 Zum erstenmal in Berlin!  
**Grimond u. Holten:**  
 „Le Réve d'un Minstrel“.  
 (Der Traum eines Strahnenmusikanten)  
 Musikalisch-burleske Ausstattungs-Pantomime in drei Bildern und einer Apothekse.  
 14 Neuen-Schauspieler!  
 Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

### Apollo-Theater

Um 8 Uhr:  
**Fräulein Loreley.**  
**Milli Capell, Cäcilie Carola, Mlle. Bresina, Francois Gerard**  
 und 10 sensationelle Spezialitäten.  
 Kasseneröffnung: 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

### Cirkus Busch

Dienstag, 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Sports-Abend.**  
**„Die eiserne Maske“.**  
 Großes histor. Manegen-Schauspiel in 4 Akten und 2 Hauptbildern. 600 mitwirkende Personen. 120 Pferde.  
 I. Akt: Ludwig XIV. als Alleinherrscher. II. Akt: Jelle in der Hofküche. III. Akt: Entnahme von Strahburg. IV. Akt: Der Staatsstreich. V. Akt: Eine Hellenjagd bei Fontainebleau. VI. Akt: Der Mann mit der eisernen Maske. VII. Akt: Das letzte Fest im Schlosse Baug le Comte.  
 Auftreten der exzentrischen Akrobaten Brothers Damm. „The little Toney“, der 10jährige Wunderjockey. Gahräder Veldman als „Komponist Rubenstein“.  
 Direktor Busch mit seinen Meisterdressuren.  
 Vorzüglichste Programmnummer! Auf! Sonntag, 16. Dezember, nachm. 4 Uhr: Berliner Landparaden.

### Cirkus Jansly

Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.  
 Dienstag, 11. Dezbr., abends 8 Uhr:  
 I. gr. Gala-Parforce-Vorstellung mit einem aus 25 der besten Nummern bestehenden Programm. — Großartiges Doppelprogramm. 25 Nummern in 2 1/2 Stunden.  
 Auftreten des anerkannt vorzüglichen Künstlerpersonals.  
 Die besten Schul- u. Freizeitsportler. Morgen, Mittwoch, nachm. 4 Uhr: Scherz-, Kinder- und Familien-Vorstellung.  
**Passage-Panoptikum.**  
 Neu! China in Berlin. Krno, Bindeglied zwischen West und Ost.  
 Liza, das 12jähr. Riesennädchen. Eintritt einschließlich Theater 50 Pf.

### Cirkus Schumann

Heute, Dienstag, den 11. Dezember, prächtige 7 1/2 Uhr:  
**Unherkömmliche Vorstellung.**  
 Ganz Berlin spricht von dem sensationellen Dezember-Programm. Beispiel des berühmten Kunstreiters Mons. **Alfons Althoff.** Auftreten des Löwen-Baron. Direktor **Albert Schumann** anerkannt unerreicht bestehendes Original-dressuren. Auftreten der beiden Amerikaner **Rawson u. June.** Um 9 1/2 Uhr:

### CHINA

Das größte u. sensationellste Manegen-Ausstattungsstück mit wunderbaren Wäldern und Wasserfällen. Bilder aus der Gegenwart in 3 Akten. Mitwirkend ca. 600 Personen.  
 Neue Entlagen: Die laufende Bootsfahrt die 100 Fuß lange und steile Cascade hinab. Erhellung der großen chinesischen glatten Mauer. Sensationelle Probaurbeit.

### Sanssouci

Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Nordd. Sängler.**  
 Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf., Son 5-7: Unterhaltungs-Musik. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach jed. Soier: **Tanzkränzchen.** Wochentags Tanz frei.  
 Vereins- und Vergnügungsbildung wochentags gültig. Sale zu Festlichkeiten und Versammlungen.

### W. Noacks Theater

Braunstr. 16.  
**Der Bettelstudent von Berlin**  
 Pöffe mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern) von Braun u. Busse. Musik v. Franke. Mittwoch: Am Weihnachtabend.

### Reichshallen

Täglich:  
**Stettiner Sängler.**  
 Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.  
 Größte Weihnachtsmesse und schönste Ausstellung im Messpalast  
 Alexanderstr. 110.  
**Täglich Konzert** v. 5 Kapellen. Illustriertes Variétés-Repertoire des 20. Jahrhunderts. Erscheinung aus der abersinnlichen Welt. Kaiser-Panorama. Halle u. Nordpol. Hölle-Variétés. Sonntag: Gr. Ball bei 20 Mann Karler Kapelle. Entree frei und 10, 20, 30 Pf. Dir. Kranz.

### Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.  
**Täglich**  
**4 ausländische 4 Kapellen 4**  
 Gr. Theater-Vorstellung.

### Café Schurig

Dresdenerstr. 128. — nahe Kottbuser Thor. —  
 Kaffee 15, Bier 10; ca. 50 blasse u. auswärtige Zeitungen; zwei Billards (Kerl); Stunde 40 Pf. Zahlstelle Freie Volkshalle.  
**Achtung! Achtung! Vereine.**  
 Mein Saal mit Parkettboden, 150 Pers. nebst anst. Vereinszimmer, 70 Pers. saugend, ist noch an mehreren Sonntagen, Wochen- und Sonntag zu vergeben. 2088\*  
 Jeden Sonntag: Familienkränzchen. Entree und Tanz frei.  
 Gleichzeitige empfehle vorzügliche Weihnachts-, Russ- und Danes-Kepel zu Einzelpreisen.

### Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pf. (gelbes zum Messen). Schlichtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen in 1,50, halber Länge 2,00, halber Länge 2,50, halber Länge 3,00, halber Länge 3,50, halber Länge 4,00, halber Länge 4,50, halber Länge 5,00, halber Länge 5,50, halber Länge 6,00, halber Länge 6,50, halber Länge 7,00, halber Länge 7,50, halber Länge 8,00, halber Länge 8,50, halber Länge 9,00, halber Länge 9,50, halber Länge 10,00.  
**Gustav Lustig**  
 Berlin S., Oranienstr. 46a.  
 Erste Bettfedernfabrik u. erste, beste, viele Auszeichnungen.

### Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pf. (gelbes zum Messen). Schlichtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen in 1,50, halber Länge 2,00, halber Länge 2,50, halber Länge 3,00, halber Länge 3,50, halber Länge 4,00, halber Länge 4,50, halber Länge 5,00, halber Länge 5,50, halber Länge 6,00, halber Länge 6,50, halber Länge 7,00, halber Länge 7,50, halber Länge 8,00, halber Länge 8,50, halber Länge 9,00, halber Länge 9,50, halber Länge 10,00.  
**Gustav Lustig**  
 Berlin S., Oranienstr. 46a.  
 Erste Bettfedernfabrik u. erste, beste, viele Auszeichnungen.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:  
**Verammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Kiesel über: Erwin Markhams Gedicht: Der Mann mit der Gade. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission. 4. Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch ersucht (244/2)  
**Der Vorstand.**

### Volksversammlung

Dienstag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75:  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag der Genossin Frau Steinbach aus Hamburg über: „Was das Proletariat das Parasitentum ernähren?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
**Der Einberufer.**

### Volksversammlung

Am Mittwoch, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal des Herrn Keller, Koppentstraße 29:  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten v. Elm über: „Wie schähen wir uns vor Kohlenwucher und Lebensmittel-Verteuerung und sonstige Ueberverteilung?“ 2. Vortrag der Genossin Frau Steinbach aus Hamburg über: „Was das Proletariat das Parasitentum ernähren?“ 3. Diskussion.  
**Der Einberufer.**

### Centralverband der Maurer etc.

(Zahlstellen Berlins und Umgegend.)  
 Mittwoch, 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (gr. Saal):  
**Grosse Versammlung**  
 aller zum Streitgebiet Berlin und Umgegend gehörigen Verbandszahlstellen.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Beschlußfassung über die weitere Zahlung zum Streikfonds? 2. Verschiedenes. 3. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: „Wann beginnt die wirtschaftliche Revolution?“  
 Um regen Besuch bittet  
**Die Verbandsleitung.**

### Achtung! Tischler. Achtung!

Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, in der Königsbau, Gr. Frankfurterstr. 117:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Pläne der Tischler-(Zwangsz)innung betreffend Einföhrung der Kontrollbücher für die Gesellen. Referent: Fritz Kater. 2. Diskussion.  
**Der Einberufer.**

### Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 42:  
**Oeffentliche Versammlung**  
 einberufen vom  
**Sozialdemokr. Wahlverein des 6. Kreises.**  
 Tages-Ordnung:  
 Die politische und wirtschaftliche Lage. Referent: Reichstags-Abgeordneter Rosenow. Diskussion. Referent: Karl Fahrow, Poststr. 85.

### Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 359.  
 Mittwoch, den 12. Dez., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Vertrauensmänner-Konferenz für den Süden.**  
 122/4  
 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Buchbinder-Verband

(Zahlstelle Berlin.)  
 Mittwoch, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl der Delegierten zum Sonntag. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

### Achtung! Karton-Branchje. Achtung!

Morgen, Mittwoch, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Stecher's Saal, Andreadstraße 21:  
**Oeffentl. Versammlung**  
 aller in  
**Kartonfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Völker. 2. Verschiedenes.  
 Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist dringend notwendig.  
**Der Einberufer.**

### Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direktion:  
 Sonntag 8 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.  
 Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

### G. Paetzel

Waldstr. 29 (Hus-Ping):  
 Nur Gardinen u. Stores.  
 (352/2)  
**Bruch-Pollmann**  
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradschalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenkasse.  
**Eigene Werkstatt.**  
 Referent (329/2)  
 für Orth- und Hilfs-Krankenkassen.  
 Berlin C.,  
**30. Tinten-Str. 30.**

### Klub-Pfeifen

Jagd-, Turner-, Marsch-Pfeifen  
 Feine Wiener Moerschm-Spitzen, Spazierstücke, Schachspiele, Damenbräter etc.  
**Scheunert & Wirth**  
 Berlin O.,  
 Blumenstr. 13, Laden.

### Buss' Salon

Gr. Frankfurterstr. 95.  
 Empfehlung meines Saal zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Otto Theel reparaturbedürftig, verfertigt, Friedrichstr. 58, Dittich.

### Teppich-Specialhaus

Zur gef. Kenntnisnahme.  
**Emil Lefèvre**  
 BERLIN S.,  
 Oranienstr. 158.  
 Meine werten auswärtigen Kunden bitte im eignen Interesse um möglichst frühzeitige Erteilung ihrer für Weihnachtsgeschenke bestimmten Aufträge, um deren Auswahl mit gewohnter Sorgfalt treffen zu können, ausserdem später verschiedene für den Weihnachtsverkauf bestimmte Artikel vergriffen sein werden.

### Weihnachts-Katalog

(mit circa 450 Illustrationen)  
 künstlerisch ausgestattet  
 gratis und portofrei.

### Christbaumschmuck

Die Wenschen aus Lauscha u. Td. verkaufen gold- u. silberglänzenden Glas-Christbaumschmuck. Das kostliche franco gegen Nachnahme für 5 M. oder vorherige Einzahlung von 5 M.  
 In denselben befinden sich alle Neuheiten in allen Farben und Formen, Augen und Eier, Glatt, bemalt, auch überpinnen, Kette aller Art, Gloden, Früchte, kalter Art, Kegel, Birnen, Kirschen, Weintrauben usw., 100 Stk. verpackt und bemalte Strangketten, Gispapier, Bonnetta-Cyden usw.  
 Als Gratisbeilage eine Glas-Berstein-Cigarettenspitze mit der eingedruckten Photographie unfres alten Liebkecht oder Bebel.  
 Aufträge nimmt entgegen:  
**Guido Müller jun.,**  
 Orts-Vertrauensmann,  
 Lauscha Tschchen-Neitungen.

# Esset Seefische!

denn diese sind das beste und billigste Volksnahrungsmittel, ersetzen das Fleisch vollständig, sind überaus wohl-schmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Von täglich frischer Zufuhr:  
**Seelachs 23 Pf.** im Ausschnitt **30 Pf.** pro Pfd.  
**Cabliau 25 Pf.** im Ausschnitt **30 Pf.** pro Pfd.  
**Seehecht 35-40 Pf.** „ **45-50 Pf.** pro Pfd.  
**Schellfische** in allen Gröss. **25-35 Pf.** pro Pfd.  
**Schollen, grosse 40 Pf., mittelgr. 35 Pf.** pro Pfd.  
**Bratflundern . . . . . 20-35 Pf.** pro Pfd.  
**Rotzungen . . . . . 35-40 Pf.** pro Pfd.  
**Seeaal (Lang) . . . . . 30-35 Pf.** pro Pfd.

Heifbutt, Tarbutt, Steinbutten, Seezungen, Goldbars, Knurrhahn etc. ebenfalls billig.  
 Geräucherte: Flundern, Schellfische, Seelachs, Roche, Seeaal etc. täglich frisch — billig.

**Delikatess-Fisch-Kotelettes**  
 gebraten u. mariniert, in Blechdosen von 8 Liter = 17 Pfd. 3,50 M., 4 Liter = 8 Pfd. 2 M., 2 Liter = 4 Pfd. 1,25 M.  
 4 Portionen zu 10 u. 20 Pfg. und pro Pfund 35 Pfg.

empfehlen die Deutsche **„Nordsee“**  
**Dampffischerei-Gesellschaft**  
 Grösste Hochsee-Fischerei Deutschl. mit 81 eig. Fischdampfern  
 in Ihren 5 Verkaufsstellen:

<b>Haupt-Filiale:</b> Berlin C. 22, <b>Bahnhof Börse,</b> Bogen 9-10.	No. II. Berlin NW, Lüneburgerstr., Ecke Paulstrasse, Stadtb.-Bogen 388/89, Central-Lager.
No. IV. Berlin N., (Wedding) Reinicken- dorferstr. 1, Eingang Schulendorferstrasse.	No. V. Berlin S., Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstr.

**Praktische Weihnachts-Geschenke.**  
**Werkstatt-Bekleidung** auch für Lehrlinge aller Branchen.  
 Blaue Arbeitsanzüge für Geizer, Monteur, Elektriker, Mechaniker,  
 Kessel, Blusen für Weber, Buchbinder, Bildhauer etc.  
**Adolf Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3** (früher  
 Molkenmarkt).

# J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.  
 Billige  
**Weihnachts-Geschenke.**

Nach beendeter Eng- u. d. Saison gelangen nunmehr große  
 Lagerbestände meiner

**Teppiche! Gardinen!**  
**Steppdecken! Portieren!**  
 zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

**Ausverkauf!**  
 Einzelne fehlerhafte Exemplare  
 für die Hälfte des Wertes.

## Charlottenburg!

**Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.**  
 Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. (5524L)

**Zähne 2 M.,** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn-  
 ziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentl.  
 1 Mk. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Begründung des Geschäfts 1878.

# M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en detail 56949\*

Dresdenerstraße 4, am Kottbuser Thor.

## Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.

Herbst- und Winter-Paletots in Stoffen, Gehört und Krümmen von 16,50—42 Mk.  
 Gehrock-Anzüge . . . von 27 an  
 Rock-Anzüge . . . . . 23  
 Jackett-Anzüge . . . . . 15  
 Bekleider . . . . . 5  
 Winter-Joppen . . . von 5 an  
 Schlafkröde . . . . . 8,50  
 Jünglings-Anzüge . . . 12  
 Knaben-Joppen, einzelne Hosens.

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Streng reelle Bedienung.

## Tichtbilder- + Männervortrag

morgens, Kommandantenstraße 20,  
 Mittwoch, 12. Dezbr., in großen Saal, abends 8 1/2 Uhr  
 über: „Geschlechtsleben und Schwangerschaft“  
 vom Naturheilk. Grundmann. (Gef. 20 Pfg.)  
 1 Broschüre.  
 Mitglieder u. Kranken-Aufnahme in Naturheilkunst  
**Köpnickstr. 72** Bräuden., Neanderstr.  
 Naturärztl. Spr. 11-2, 6-8.

## Reinhold Wankel, Berlin N., Brunnenstrasse 163,

ältestes Geschäft der Brunnenstrasse, empfiehlt sein reichhaltiges Lager (338L)

**Brillanten, Uhren, Gold-, Silber- u. Alfenidwaren**  
**Herren-Uhren** mit Goldrand 7 Mark,  
**Goldene Damen-Uhren,** starke Gehäuse, von 20 M. an,  
**Gold. Herren-Uhren** von 35 Mark an bis zu den feinsten Stücken, unter 3 Jähr. schriftlicher Garantie.



Grossartige schöne **Schmucks** in Opalen, Smaragden, Türkisen und Perlen.  
**Goldene Ketten,** 8- und 14 karätig, — nach Gewicht —

Wir empfehlen unsere vorzüglichen, sehr stark eingebrauten Biere zum gef. Bezuge.

**Abteilung I. Gambrinus Pilsner. Gambrinus Münchner.**

**Abteilung II. Berliner Weissbier.**

Die Herren Restaurateure, Bierverleger und Vorstände von Fabrikantinen werden gebeten, vor Abschluss Offerte von uns eingeholen. Hochachtungsvoll

**Brauerei Gambrinus, Aktien-Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg.**

Gardinenhaus  
 Bernhard Schwarz  
 Wallstr. 29  
 Tur-Gingang.

## Musikwerke

u. Sichern, selbstspielend, mit auswechselbaren Klappen, schönste Familienunterhaltung, werden bei nur geringer Teilzahlung abgegeben.  
**J. Kurzberg, NO. Landsbergerstr. 13** barriere, kein Laden.

Ziehung 25. Januar u. folg. Tage.

# Geld-Lotterie

Mühlhausen

1. Thür. zur Wiederherstellung der Marienkirche. 330000 Loose.

17 597 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug im Betrage von Mk.

**473,000**

Haupt-Gewinn **100,000**

Haupt-Gewinn **50,000**

Haupt-Gewinn **20,000**

Haupt-Gewinn **10,000**

1 5 5000 - 5000

2 3 3000 - 6000

10 1 1000 - 10000

30 5 500 - 15000

50 3 300 - 15000

100 2 200 - 20000

200 1 100 - 20000

500 50 - 25000

1000 20 - 20000

15700 10 157000

Mühlhäuser Loose à Mk. 3.30 (Porto u. Liste 30 Pfg. extra) versendet gegen Postanweisung oder Nachnahme des General-Debit:

**Lud. Müller & Co.** Bäckerei

Berlin, Breitestr. 5.

Telegr.-Adr.: Glückwäiler.

**5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.**

H. Albrechts Bäckerei

Wrange für 9, Kranstr. 19.

Goldenekestr. 28, Landwehrstr. 2.

## Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz: Hochlegante Winterpaletots für 36 M., Hochlegante Anzüge für 30 M., Hochfeine Bekleider für 10-12 M.

## Thee

Chinesische und Indische

nur Portofr. neueste Versandt Ernte v. 5 Pfd.

pr. Pfd. 1,50, 1,75, 2,00, 2,40, 3,00, 4,00. Theegrus pr. Pfd. 1,30 Mk. — Preisliste gratis u. franco. —

**A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59.**

## Kleiderstoffe.

Elegante, schöne, vorteilhafte Qualitäten werden zu Festgeschenken aussergewöhnlich billig angeboten.

1 Posten **doppeltbreite Reste**, bis zu den teuersten Qualitäten, 1-3 Mtr. gross, per Meter **0,50 Mk.**

**Fensterroben**, die durch Licht etwas gelitten, regulär im Wert bis 18 Mk., p. Robe **3,50 Mk.**

1 Posten **Lamatche**, kariert und gestreift, doppeltbreit, p. Mtr. **0,25 Mk.**

1 Posten ganz schwerer, gediegener **Tuche**, in den schönsten Farben, doppeltbreit, im **Karton**, p. Robe **3-75 Mk.**

1 Posten ganz gediegener, eleganter **Schotten**, schönste Carreau, doppeltbreit, p. Mtr. neu **0,68 Mk.**

1 Posten ganz vortrefflicher, reinwollener **Cheviots** in grösster Farbenwahl, doppeltbreit, pr. Mtr. **0,65 Mk.**

1 Posten schöner **Kleiderlamas**, Streifen, Jacquardmuster etc., doppeltbreit, p. Mtr. **1-10 Mk.**

1 Posten hocheleganter **Herbsneuheiten** mit modernsten, schönsten Effekten, doppeltbreit **1-15 Mk.**

Schwarze **Kleiderstoffe** in den besten Genres, glatt und gemustert, doppeltbreit . . . von bis zu den elegantesten Stoffen. **0,68 Mk. an**

**Z. Alexander, Grosse Frankfurter-Str. 102**  
 Ecke Krautstrasse.

# Fr. Hahn

Landsbergerstr. 62/63 BERLIN am Alexanderplatz.

Gründung 1825.

**Seide \* Kleiderstoffe \* Wäsche**

Leinenwaren \* Tricotagen \* Baumwollwaren

**Teppiche, Gardinen, Portieren, Wachstuche**

Kostüme \* Blusen \* Morgenröcke

Unterröcke! Balltücher! Schirme! Schürzen! Krawatten!

**An allen Lagern zurückgesehete Waren!**

ganz besonders billig!

Lieferant aller Konsumvereine.

**Tokales.**

**Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten).** In der heute abend 8 Uhr im Gr. Frankfurterstr. 117 stattfindenden Versammlung hält Genosse Max Kiesel über Erwin Markham's Gedicht: „Der Mann mit der Gade“ einen Vortrag. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

**Die Festsetzung eines einheitlichen Gaspreises** hatte die Stadtverordneten-Versammlung im Januar schon für den 1. April dieses Jahres gefordert. Da sich der Magistrat unter Hinweis auf die Kohlennot ablehnend verhielt, so äußerte die Versammlung im März bei Gelegenheit der Etatberatung den Wunsch, es möge wenigstens vom 1. April nächsten Jahres ab ein Einheitspreis eingeführt werden. Hiermit hat sich der Magistrat einverstanden erklärt. Die städtische Gasdeputation macht jetzt bekannt, daß die Einführung am 1. April 1901 erfolgen wird, und kündigt die mit den Abnehmern zu den bisherigen Preisen geschlossenen Verträge. Die Höhe des neuen, einheitlichen Preises ist noch einer besonderen Beschlußfassung vorbehalten. Die Wünsche der Abnehmer gingen ebenfalls stets auf 10 Pfennig pro Kubikmeter, aber die Stadtverordneten-Versammlung hat sich im Januar wie im März für 12 Pfennig erklärt. Bei 12 Pfennig wird der Preis für Leuchtgas (jetzt 16 Pfennig) ermäßigt, aber der für Koch-, Heiz- u. Gas (jetzt 10 Pfennig) erhöht. Mit der Herabsetzung des Leuchtgaspreises bringen die städtischen Gaswerke kein Opfer. Der beträchtliche Mehrertrag, den sie in den letzten Jahren erzielt haben, erlaubt eine solche Herabsetzung, und was dabei von dem Mehrertrag zunächst draufgeht, das wird durch eine Steigerung des Konsums bald wieder eingedracht werden. Zur Begründung der Preiserhöhung für Koch- u. Gas läßt sich nur das eine anführen, daß sie dem Gedanken des Einheitspreises zu Liebe geschieht. Von denen, die so lange die Einführung eines Einheitspreises gefordert haben, dürften aber mit dieser Lösung der Frage nicht viele zufrieden sein.

**Die Liebedgabe der Berliner Hausgärtner.** Um Herabsetzung der Kanalisationsabgabe von 1 1/2 Prozent auf 1 Prozent hatte der Bund der Berliner Grundbesitzervereine im Februar dieses Jahres bei den städtischen Behörden petitioniert. Die Petition wurde indes nicht berücksichtigt, weil die Arbeiten zur Aufstellung des diesjährigen Etats damals schon zu weit vorgeschritten waren. Der Bund hat die Petition jetzt dem Magistrat in empfehlender Erinnerung gebracht. Die Berliner Hausbesitzer leisten mit der ihnen auferlegten Abgabe gegenwärtig zu den Kosten der Kanalisation einen Beitrag von jährlich etwa 5 Millionen Mark. Wenn die Petition berücksichtigt und die Abgabe auf 1 Prozent, also um ein Drittel des bisherigen Betrags herabgesetzt wird, so wird damit den Hausgärtnern ein Geschenk von etwa 1 1/2 Millionen Mark gemacht. Das könnte ihnen so passen!

**Zum Bevölkerungsrückgang im Innern Berlins.** Die diesjährige Volkszählung hat ergeben, daß im letzten Jahr fünf die Bevölkerung in den inneren Stadtteilen Berlins wiederum beträchtlich zurückgegangen ist, besonders in der Altstadt von 49 608 im 6107 (12,31 Proz.) auf 43 499 und in der Friedrichstadt von 62 037 um 5238 (8,44 Proz.) auf 56 804. Eine Betrachtung der einzelnen Stadtbezirke zeigt, daß in der Altstadt mehr als ein Fünftel der für diesen Stadtteil festgestellten Bevölkerungsabnahme allein auf Stadtbezirk I (Umgebung des Rathauses) kommt. Die Bevölkerung sank hier von 3409 um 1285 (36,23 Proz.) der Bevölkerung dieses Bezirks I) auf 2124. In Bezirk I haben in den letzten Jahren mehrere Dutzend kleiner Häuser dem Erweiterungsbau des Hauptpostamts in der Heiligegeiststraße und den Geschäftshausbauten in der Spandauerstraße weichen müssen. Ein ähnlich starker Bevölkerungsrückgang, von 3083 um 1120 (36,34 Proz.) auf 2158, wurde nur noch in Bezirk 12 (Kupfergraben, Weidendamm und Umgebung) festgestellt, doch handelt es sich hier wohl nur um eine vorübergehende Abnahme, hervorgerufen durch den Kasernenbau. In der Friedrichstadt hatte den verhältnismäßig stärksten Rückgang, von 2158 um 529 (24,51 Proz.) auf 1629, der Bezirk 16 (Teil der Leipzigerstraße und Umgebung), wo in diesem Jahre ein acht Grundstücke umfassendes Warenhaus eröffnet wurde. Auch in der inneren Luisenstadt mit 20 011, deren Bevölkerung von 120 061 um 851 (0,07 Proz.) auf 119 210 sank, fallen einzelne Bezirke mit neu errichteten großen Geschäftshäusern durch verhältnismäßig viel stärkeren Rückgang auf.

**Der gestrige „kupferne“ Sonntag** brachte, vom prächtigsten trocknen Wetter begünstigt, den Berliner Straßen ein Massenangebot von Spaziergängerinnen und Spaziergängerinnen. In den Hauptverkehrsgegenden stautete sich die Menge vor den hell erleuchteten, bereits im Weihnachtschmuck prangenden Schaufenstern der großen Geschäfte. Obwohl aus erklärlichen Gründen die Zahl der Kauflustigen in keinem Verhältnis zur Zahl der Schau Lustigen stand, hatten dennoch die Geschäfte in der Leipziger, Mollendaler, Friedrichs-, Potsdamer, König- und Oranien-Strasse erhebliche Umsätze. Zwei Großbuzare mußten sogar wegen allzu großen Andrangs für einige Zeit polizeilich geschlossen werden. Dagegen brachten die für den Verkauf freigegebenen Stunden den Geschäftseigenen in den weniger verkehrsreichen Straßen und an der Peripherie wenig Vorteil. Die Ladenbesitzer kommen hier nur ganz vereinzelt auf ihre Rechnung, viele zogen es vor, bereits um 6 bezw. 7 Uhr ihre Geschäfte zu schließen.

**Zur Kennzeichnung des Berliner Polizeiwesens.** Polizeilich notiert wurden am Sonntagabend zahlreiche Geschäftsleute aus einer eigenartigen Veranlassung. Als um 8 Uhr die Läden geschlossen wurden, gingen Kriminalbeamte durch die Straßen und schrieben die Namen aller derjenigen Geschäftsinhaber auf, die es verabsäumt hatten, die Jalouisen vor den Schaufenstern herabzulassen oder diese in anderer Weise zu verdecken. Die Geschäftsleute waren der Meinung, daß eine derartige Verhüllung der Schaufenster, die ja sonst für die Sonntage vorgeschrieben ist, gestern nach Schluß der Geschäfte nicht nötig war, da die Läden bis 8 Uhr abends offen gehalten werden durften.

**Unternehmer-Poesie.** Im Grand Hotel de Rome hat der Internationale Verein der Cafésbesitzer, der zur Zeit in Berlin tagt, ein großes Festessen abgehalten. Dabei wurde ein Tafelgedicht gesungen, aus dem wir folgende Verse herausziehen:

Daß die Gehilfen schlafen sein — Nach ihrer Arbeitslast, —  
Nach heiß und groß der Schlastraum sein — Wie sich für Herrn poht, —  
Und daß am Kochherd nicht mehr schmeißt — Der Chef, wenn er was brät —  
Wird Elektrizität bemüht, — Ganz gleich, ob es gerät, —  
— Trinkgelber werden abgeschafft — Weil gegen die Moral, —  
— Wer die Gehälter dann beschafft, — Das bleibt sich ganz egal, —  
— Wenn's Hausmädchen noch die Stiefel putzt, — Das war schon ganz enorm —  
— Der Zustand, der uns soviel nützt, — Heißt Sozialreform, —  
— Ihr Lieben seid drum frohen Muts, — Noch sind wir nicht am Schluß; —  
— Wir wollen schaffen nur was Gut's — Verwerfen das, was a Stuß, —  
— Leider ist das, was die Herren Geschäftsbefitzer hier schönes gejunen haben, kein „Stuß“. Die 12 000 Mark-Affaire hat gezeigt, daß Unternehmerwille im Deutschen Reiches Trumpf ist und daher auch die Geschäftsbefitzer sich selbst über das bisherige Sozialreform, das die grauhaftesten Zustände in ihren Betrieben beseitigen will, sorgenlos bei Selt und Ausfern lustig machen können.

**Die Wärmehalle am Alexanderplatz** ist gestern um 7 Uhr feierlich in Gegenwart von Vertretern der städtischen Verwaltung eröffnet

worden. Der Zuspruch der Obdachlosen, die mit Kaffee und warmer Suppe gelobt wurden, war ziemlich groß.

**Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft** beabsichtigt, die durch die Hasenheide (Friedrichstraße) gehende Linie Wasserstraße-Winterfeldplatz in eine Straßenbahn umzuwandeln. Die Linie soll vom Winterfeldplatz über Moabit nach dem Wedding durch die Fennstraße bis zur Gerichtstraße verlängert werden. Diese neue Ringbahn, die hauptsächlich die Anliegerzone verbinden soll, würde folgenden Weg einschlagen: Gericht-, Garten-, Acker-, Invalidenten-, Brunnen-, Mollendaler-, Weinmeister-, König-, Alexander-, Kaiser-, Große Frankfurter-, Andreasstraße, Engel-Ufer, Alexander-, Walbert-, Admiral-, Grimm-, Fichte-, Hasenheide-, Kaiser-, Friedrich-Platz, Gneisenau-, Post-, Göben-, Pallasstraße, Winterfeldplatz, Moabit durch die Fennstraße nach dem Wedding und Gerichtstraße, womit der Ring geschlossen ist.

**Der Sternberg-Prozess** geht seinem Ende entgegen. Die gestern unterbrochenen Verhandlungen werden heute wieder aufgenommen und es sind dann noch 12 Zeugen zu vernehmen, deren Verhör etwa am Donnerstag beendet sein dürfte. Zwei Tage Zeit hat sich bekanntlich die Verteidigung für die Vorbereitung der Plaidoyers erbeten, diese dürften also am nächsten Montag gehalten werden und vielleicht wird schon an demselben Tage das Urteil gesprochen. — Unter dem Verdachte der Veranlassung in Sachen Sternberg ist nach Frau Stabs und dem Agenten Wolff nunmehr auch Wolffs Geliebte, Fräulein Saul, verhaftet worden. Gleich den beiden anderen soll auch die Frau, die Wolff als seine Frau ausgegeben pflegte, verhaftet haben, die Zeugin Cassis zum Weineide zu verleiten. — Die Margarete Fischer ist, wie berichtet wird, bereits bei ihrer Ankunft in Oberbayern von Kriminalbeamten in Empfang genommen und von ihnen nach Berlin begleitet worden. Diese Maßregel hatte den Zweck, eine Veranlassung der Zeugin zu verhindern. Da der Fischer freies Geleit zugesagt worden ist, so kann sie nicht wegen Kuppelerei in Untersuchungshaft genommen werden. — Die Mitteilung, daß gegen Rechtsanwalt Sello eine Disziplinaruntersuchung schwebt, wird von diesem dementiert. — Der in Untersuchungshaft befindliche Kriminalkommissar Thiel hat angegeben, daß er aus seiner Dienstaufsicht her noch 30 000 Mark Schulden habe. Dies sei wesentlich der Grund gewesen, weshalb er sich in der Sternberg-Affäre habe beschließen lassen. Die Vernehmungsumme soll sich auf etwa über 7000 M. belaufen.

**Eine nur kurze Freude hatten die Pächter künstlicher Eisbahnen,** die zum Teil in der Nacht zum Sonntag und vor gestern morgen feierlich eröffnet hatten, um ihre Eisbahnen Sonntag zu eröffnen. Die Bahnen waren vormittags zwar sehr gut besucht, aber nachmittags war fast überall die Eisdecke schon wieder verschwunden. Die Hoffnung der Pächter auf eine Reihe kalter Tage ist durch den über Nacht eingetretenen Witterungsumschlag hinfällig geworden.

**Eine große Verkehrshinderung** gab es am Sonnabendabend von 1/2 bis 1/3 Uhr. In den Elektrizitätswerken an der Volla- und Brunnenstraße verlagerte eine Kraftmaschine. Die Folge war, daß die Straßenbahnwagen im Norden der Stadt keinen Strom erhielten und liegen blieben, zuerst in der Brunnenstraße, am Rosenthaler Thor, dann auch auf den Linien nach Moabit, dem Winterfeldplatz und der Ringbahn.

**Mit dem Verluste der rechten Hand** bißte am Sonntag nachmittags um 5 Uhr der 34 Jahre alte Schmiedegeselle Karl Busch aus der Halleschenstraße den Versuch, an der Ecke der Lange- und Andreasstraße auf einen Ringbahnwagen, der in voller Fahrt war, aufzupringen. Er rutschte von der Vorder-Plattform ab und geriet mit der rechten Hand unter ein Vorderrad. Die Hand wurde ihm soweit abgequetscht, daß sie im Krankenhaus, dem der Verunglückte von der Unfallstation am Grünen Weg zugeführt wurde, vollständig abgenommen werden mußte.

**Der königliche Opernsänger Rud. Kraus** ist Sonntag nachmittags in schrecklicher Weise verunglückt. Der Künstler reinigte in seiner Wohnung einige Waffen. Darunter befand sich ein Revolver, dessen Lauf verrostet war; beim Bugen explodierte eine Patrone, die in der Waffe geblieben war, die Hälfte der Patrone slog Herrn Kraus ins Gesicht und zerstörte das rechte Auge. In der Augenklinik des Professors Dr. Fröhlich, wohin der Patient gebracht worden war, mußte das Auge herausgenommen werden.

**Der Berliner Kranke** aus der Oranienstraße 101, der seine frühere Wirtin Frau Grundke in der Oranienstraße 44 zu erschrecken versuchte und sich selbst durch einen Streifschuß am Kopfe verwundete, wurde heute geheilt aus dem Krankenhaus entlassen und von Kriminalbeamten nach Moabit in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

**Ein Brand,** bei dem eine Person in großer Gefahr schwebte, kam Montag früh gegen 8 Uhr in der Knopfabrik von Paul Hübener, Morusstr. 6, zum Ausbruch. Die Fabrik befaßt sich über 60 Arbeiter und besteht sich auch mit Färberei und dem Reinigen von Metallen. Zu letzterem Zweck hat sie auf dem zweiten Hofe in einem Holzschuppen eine sogenannte Dreherei eingerichtet, in welcher die vorher mit Säuren behandelten Metallstücke durch Feuer gereinigt werden. Ein kleiner, rund nur durch Blech abgeschlossener Teil dieses Schuppens enthielt einen Vulkan Benzol, der in der vergangenen Nacht geplatzt war, so daß der Inhalt den Boden tränkte und größtenteils durch einen in der Mitte des Schuppens befindlichen Gully in die Kanalisationsleitung geführt wurde. Gestern früh zündete nun ein 15jähriger Lehrling ahnungslos den Gasbrenner im Schuppen an, als im Ru eine Explosion erfolgte und die eine Hälfte des Schuppens auch sofort ein Flammenmeer bildete. Auf die Hilfe der des bedrängten Lehrlings, dem der Ausweg durch die Flammen abgeschnitten war, eilten Arbeiter herbei, erdrachten eine zweite verschlossene Ausgangstür und retteten den Lehrling. Die schnell herbeigerufene Feuerwehr löschte das Feuer, noch bevor es auf das an den benachbarten Schuppen anstehende große Holzlager einer Tischlerei überspringen konnte, andernfalls wäre die Gefahr unabsehbar gewesen. Es erscheint geradezu unbegreiflich, wie Benzol in einem Gasballon in der Nähe eines Ofens aufbewahrt werden kann.

**Eine Gasexplosion** erfolgte Montag nachmittags 4 1/2 Uhr in der Remelerstr. 47. Hier waren in der im zweiten Stock gelegenen Wohnung des Dr. A. Pflug neue Gasleitungsrohre eingezogen, als sich nach Schluß der Arbeit starker Gasgeruch bemerkbar machte. Der Arbeiter G. kontrollierte die Gasuhr und stellte dabei fest, daß irgendwo Gas entwich. Die schadhafte Stelle mußte im Fremdenzimmer liegen, da dasselbe stark mit Gas angefüllt war. Während nun Frau Pflug ein Fenster öffnete, bestieg G. eine Leiter, um mit einem Streichholz die Dede abzuleuchten. Im selben Augenblick erfolgte eine heftige Detonation, G. slog von der Leiter und stürzend fielen die Fenster-scheiben auf den Hof hinab. Zugleich schlugen Stichflammen aus den Fenstern und nur mit genauer Not konnten sich die im Zimmer befindlichen Personen retten. G. trug schmerzhaft Brandwunden im Gesicht und an den Händen davon.

**Feuerbericht.** Bei Blüchensee, Ecke Buchstraße, brannte Montag früh eine Holzgarade nieder. Später waren Gerhardsstr. 15 und Rantensellstr. 77 kleine Wohnungsbrände zu beseitigen. Andreasstraße 63 war Feuer in einem Cigarrenladen entstanden, das aber im Keime erstickt wurde. Ein Alarm nach Unter den Linden 25 war auf einen Kellerbrand zurückzuführen. Wegen eines Balkenbrandes wurde die Wehr nach Hoher Steinweg 15 und wegen eines Werkstatbrandes nach Brunnenstr. 119 gerufen, wo Luststoffe in Flammen aufgingen.

**Das zehnte Stiftungsfest des Arbeiter-Sängerbunds** wurde am Sonnabend in der Brauerei Friedrichshain gefeiert. Wie haben in der Sonntag-Kummer schon auf die Bedeutung dieses

Bundes für die Berliner Arbeiter-Sängerschaft hingewiesen. Der Festsaal war reich geschmückt und von seiten des vorbereitenden Komitees alles geschehen, um den in hellen Haufen herbeiströmenden Scharen einen gemächlichen Abend zu verschaffen. Der Saal war schon dicht gefüllt, als das „Neue Berliner Konzert-Orchester“ mit dem Arrangementsmarsch aus dem „Propheten“ einsetzte, woran sich dann eine Reihe weiterer Konzertsätze schloß. Man kann dieser Kapelle die Anerkennung nicht versagen, daß sie ihr Versprechen, der Arbeiter-Sängerschaft gute Musik zu ihren Festen zu stellen, erfüllt. Der Hauptanteil an den künstlerischen Darbietungen hatten natürlich die Sänger. Besonders zeichnete sich ein Sonder-Chor des Bundes aus, der von Herrn Richard Floebel mit Verbe dirigiert wurde. Auch einzelne größere oder kleinere Vereine zeigten sich in ihren Leistungen. Die Vorträge eines gutgeschulten Damenchores klangen unter dem Pangel an Sopranstimmen, doch ragte eine Altistin, die über des Vorgesetzten Grundgewalt verfügte, mit prächtiger Stimme hervor. Herr Gunt machte sich verdient durch das Arrangement lebender Bilder, unter denen wir eine dem Volkslied fürgebrachte Fuldigung hervorheben. Auch Wilhelm Liebknecht erschien auf hohem Postament, umgeben von allegorischen Figuren.

Eine kurze, kernige Ansprache hielt Fritz Zubeil, der auf die Gründungsgeschichte des Bundes zurückging, welche bis in die vor-socialistengesellschaftliche Zeit hinaufreicht. Sehr hübsch wies er darauf hin, welche große Rolle das Freiheitslied schon in der Geschichte gespielt hat, unter andern die Marcellinische in der französischen Revolution. Und auch jetzt habe das Lied noch seine Stelle im Kampfe der modernen Arbeiter.

Nach der Abwicklung des überaus ausgestatteten Programms eilte die jüngere Welt nach allem Brauche zum Tanz. Doch kam es hierzu erst sehr spät, weil sich infolge der fortwährenden langen Pausen zwischen den einzelnen Programmnummern die Ausführung des künstlerischen Teils bis tief in die Nacht hinein verzögerte. Das ist die Lehre, die Arrangements von Arbeiterfesten hier gewinnen konnten, daß die einzelnen Vorführungen Schlag auf Schlag einander folgen müssen, um die Stimmung und das Interesse der Teilnehmer bis zum letzten Augenblick zu erhalten.

Am wissenschaftlichen Theater der Urania, Tauentzstraße, wird am Dienstag ein neuer affekter, von zahlreichen Original-Lichtbildern begleiteter Vortrag „Von Schöpfung bis Welt“ gehalten werden. Der Text ist von Herrn Generalkonsul v. Hesse-Bergin verfaßt und nimmt besonders auf diejenigen Gebiete Rücksicht, in denen sich gegenwärtig die kriegsrischen Ereignisse abspielen.

**Orgelkonzert.** Der Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 12. Dezember, mittags 12 Uhr, wird ausgeführt von Herrn Musikdirektor Otto Diemel, Hr. Peter Schor, Hr. Kath. Bräuner, Hr. Ernst Adler, Herrn Hans Eren, Molinski, Herrn Oskar Tiedt, Gestl, und Herrn Albert Wertheim. Abend- und Weihnachts-Quartette und Arien. Kadetten aus einem Trio von Diemel, Adagio von Mozart, Konzertst. von Tschel. u. Der Eintritt ist frei.

**Aus den Nachbarorten.**

**Wilmersdorf.** Morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet bei Witte, Berlinerstr. 40, eine außerordentliche Versammlung des Socialdemokratischen Vereins statt, in welcher der Bericht von der Kreis-Konferenz gegeben und wichtige Gemeinde-Angelegenheiten besprochen werden. Da diese Versammlung die letzte des selbstständigen Vereins ist, bittet um zahlreiches und pünktliches Erscheinen Der Vorstand.

**Aus der Gemeindevertretung von Nichtenberg.** In der letzten Sitzung dieser Körperschaft wurde eine Forderung des Gemeindevorstands um Gewährung von 350 M. zur Abänderung der Uniformen der Gemeinde-Polizeibeamten, wie sie vom Minister angeordnet worden ist, abgelehnt. Grauer (Soz.) erklärte, daß er und seine politischen Freunde für die Bewilligung eintraten würden, da bei Ablehnung die Kosten der Uniformänderung von den betreffenden Beamten selbst getragen werden müßten. Grauer hätte es lieber gesehen, wenn das sehr knappe Gehalt der Beamten um die geforderte Summe erhöht worden wäre. Der Redner richtete nunmehr an den Gemeindevorsteher (zugleich Amtsvorsteher) die Anfrage, wie weit sein Einfluß auf die Instruktionen der Polizeibeamten, den Waffengebrauch betreffend, reiche. In dieser Anfrage werde er veranlaßt durch den in Nr. 288 des „Vorw.“ geschilderten Vorfall, der einem von Arbeitern veranfaßten Vergnügen ein trauriges Ende bereitere, indem die Gendarmen von der blanken Waffe so ausgiebigen Gebrauch machten, daß mehrere Personen bis zur Arbeitsunfähigkeit verletzt worden sind. Grauer wies auf die eigenartige Behandlung der von Arbeitervereinen veranstalteten Versammlungen hin, und betonte, daß es z. B. dem socialdemokratischen Wahlverein konsequent verweigert wird, mit Frauen gemeinsam ein Vergnügen abzuhalten, während die bürgerlichen Vereine, deren politische Tendenz ohne weiteres feststeht, dieser Beschränkung nicht unterliegen; es müsse die gleichmäßige Behandlung aller politischen Vereine gefordert werden, vor allem müsse aber die Sicherung der Bürger vor den Beamten eine der größten Sorgen des Amtsvorstehers sein. Als Antwort mußte unsern Genossen genügen, daß nach dem Wissen des Amtsvorstehers eine ungleiche Behandlung der einzelnen Vereine nicht stattfindet; was den Waffengebrauch anlangt, so unterständen die Gendarmen einer besonderen Behörde, und der Gebrauch der blanken Waffe sei durch ministerielle Verfügung geregelt. Begehrten ist es, daß kein einziger der 27 bürgerlichen Vertreter Gelegenheit nahm, in die von unsern Genossen recht lebhaft geführte Debatte einzugreifen!

**Anlässlich der Kohlennot** hat auch die Potsdamer Handelskammer an den Minister für öffentliche Arbeiten eine Eingabe gerichtet, in welcher um gänzliche Aufhebung der Specialtarife für die Kohlenanfuhr, und falls dies unthunlich erscheint, um allgemeine Ausdehnung der Specialtarife, wie sie gegenwärtig für die Kohlenanfuhr bestehen, auf die Kohlenbeschaffung ersucht wird. Ferner ersucht die Handelskammer bei dem direkten Kohlenbezug von städtischen Gruben kleinere Verbraucher in größerem Umfang als bisher zu berücksichtigen.

**Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung für Schneberg** liegt vor. Danach zählte die Nachbarstadt am 1. Dezember an Einwohnern 95 999 Personen mit Militär und 92 398 Personen ohne Militär.

**Der frühere Landrat des Kreises Teltow, Prinz Handjery,** ist 64 Jahre alt in Dresden gestorben. Die Landratsstelle vertauschte er 1885 mit der eines Regierungspräsidenten von Mequign. Vor kurzem ließ er sich krankheitshalber pensionieren.

**Vermischtes.**

**In der Grube „Alle Dreißbach“** bei Siegen wurden 8 Bergleute verschüttet, 7 sind geborgen, 1 ist tot.

**Das Hochwasser des Rheins.** Aus Wien wird berichtet: Einzelne oberreine Stationen melden zwar ein langsam zurückgehendes Wasserstands, indessen steht durch das gestern erneut eingetretene Regenwetter für das gesamte Rheingebiet dennoch Hochwasser zu erwarten. Auch aus dem Bessergebiete und den Gebieten der Julda und der Lemne wird fortgesetzt Steigen gemeldet.

**Durch Manereinsturz** beim Braue eines Lagerrahms an der Wandbender Gasse zu Hamburg wurden in letzter Nacht vier Feuerwehrleute zum Teil schwer verletzt.

**Aus Madrid** wird berichtet: Bei dem bereits gemeldeten Eisenbahnunfall am 10. auf der Linie Córdoba-Mérida sind, wie jetzt festgestellt, sechsundzwanzig Personen verletzt worden; man glaubt, daß unter den Trümmern sich auch noch Tote befinden. Alle getöteten und verletzten Personen waren bei der Ausbesserung der Bahnlinie beschäftigte Arbeiter.

